

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVIII. Jahrgang, Nr. 11

November 1955

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

„Sonderzahlung“ eines Wochenlohnes — Gutes Weihnachtsgeschäft infolge Steigen der Masseneinkommen — Lebhaftige Bautätigkeit bis Mitte Dezember — Rekordumsätze im Außenhandel

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel; Außenhandelsvolumen und Außenhandelspreise im III. Quartal 1955

Der Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1955

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

„Sonderzahlung“ eines Wochenlohnes — Gutes Weihnachtsgeschäft infolge Steigen der Masseneinkommen — Lebhaftige Bautätigkeit bis Mitte Dezember — Rekordumsätze im Außenhandel

Den maßgeblichen Wirtschaftspolitikern ist es in den letzten Wochen gelungen, den seit längerer Zeit schwelenden Preis-Lohn-Konflikt zu mildern und die Interessengegensätze zunächst zu überbrücken. Die vom Gewerkschaftsbund nach dem Scheitern der „Wirtschaftskommission“ erhobene Forderung nach einer „Sonderzahlung“ in Höhe eines Wochenlohnes für alle jene Berufsgruppen, in denen gegenwärtig keine Lohnverhandlungen stattfinden, wurde — mit gewissen Modifikationen bei den Bundesbediensteten und Rentnern — großteils erfüllt. Gleichzeitig bemühten sich Regierung und Industrie durch vorübergehende Zollermäßigungen und einzelne Preissenkungen das allgemeine „Preisklima“ zu bessern. Über die Erhöhung des Milchpreises wird im Augenblick nicht gesprochen. Die vor Weihnachten ohnehin sehr rege Nachfrage nach Konsumgütern hat durch die „Sonderzahlung“ einen zusätzlichen Auftrieb erhalten. Da gegenwärtig auch das stark angespannte Budget expansiv wirkt, ist es besonders wichtig, daß die geld- und kreditpolitischen Maßnahmen

men der Währungsbehörden konsequent durchgeführt werden. Sie und die passive Zahlungsbilanz sind gegenwärtig die einzigen restriktiven Kräfte, die einer übermäßigen Ausweitung der kaufkräftigen Nachfrage entgegenwirken.

Prinzipielle und konjunkturpolitische Erwägungen haben die Wirtschaftspolitik veranlaßt, die sogenannten Wirtschaftslenkungsgesetze, in denen die gesetzliche Ermächtigung zu direkten behördlichen Eingriffen auf verschiedenen Gebieten des Wirtschaftslebens verankert ist, um ein weiteres Jahr zu verlängern. Nur das Wohnungsanforderungsgesetz und das Außenhandelsverkehrsgesetz wurden nicht erneuert. Die Aufhebung der Wohnungsanforderung ist ein kleiner Schritt auf dem Wege zu einer freieren Gestaltung des Wohnungsmarktes. Dagegen wirkt das Ablaufende des Außenhandelsverkehrsgesetzes mit 31. Dezember d. J. schwierige Probleme auf. Ohne neue Vorkehrungen würde der gesamte österreichische Außenhandel ab 1. Jänner 1956 zu 100% liberalisiert werden. Das ist aber zweifellos nicht beabsichtigt. Die

Frage ist nur, ob (und inwieweit) die Funktionen der Außenhandelslenkung von der Notenbank (mit Hilfe des gut eingespielten Apparates der ZAE) im Rahmen der Devisenbewirtschaftung und von den anderen Lenkungsgesetzen (Rohstofflenkungsgesetz, landwirtschaftliche Fondsgesetze) übernommen und befriedigend erfüllt werden können.

Der *Arbeitsmarkt* entwickelte sich im November über Erwarten günstig. Die Zahl der Beschäftigten sank vom bisher höchsten Stand im Oktober um 8.400 auf 2.142.200. Der Rückgang war um 6.800 geringer als im November 1954 und weitaus schwächer als in irgend einem Jahr seit 1948. Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden stieg um 15.700 auf 93.500; im Vorjahr hatte sie um 21.900 zugenommen. Besonders für Männer hat sich die Arbeitslage trotz der fortgeschrittenen Jahreszeit nur wenig verschlechtert. Dagegen nahm die Zahl der stellensuchenden Frauen, vermutlich im Zusammenhang mit den hohen Entlassungen im Gastgewerbe, ziemlich stark zu (um 7.100 gegen 5.900 im Vorjahr). Dank der im ganzen günstigen Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wurden die Unterschiede gegenüber dem Vorjahresstand wieder etwas größer. Ende November 1955 gab es um 81.300 Beschäftigte mehr und um 23.500 vorgemerkte Stellensuchende weniger als im Vorjahr. Trotz starkem Rückgang gab es Ende November 19.600 „offene Stellen“ (im Vorjahre 15.000), die Rate der Arbeitslosigkeit betrug 4,2% (5,4%).

Der Saisonrückschlag auf dem Arbeitsmarkt war bisher nur deshalb so milde, weil die Bauwirtschaft bis in den Spätherbst auf vollen Touren lief. Die Zahl der arbeitssuchenden Bauarbeiter stieg im November nur um 4.800 gegen 10.800 im Vorjahre. Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit im Wiener Baugewerbe war im Oktober nur um 6% niedriger als in der Hochsaison, die Überstundenrate betrug 6,1%. Die Verlängerung der Bausaison bis in die Herbstmonate hat verschiedene Ursachen: das Wetter war bis Dezember ziemlich warm, die Schlechtwetterregelung nimmt den Baufirmen einen Großteil des Witterungsrisikos ab und der Bauüberhang aus den Sommermonaten war heuer besonders groß. Vor allem aber verhindert der Mangel an Ar-

beitskräften stärkere Entlassungen. Die Bauunternehmer behalten viele Arbeitskräfte auch in den Wintermonaten, um sich gute Startbedingungen für das Frühjahr zu sichern. Da ähnliche Tendenzen auch in anderen Wirtschaftszweigen bestehen, wird sich die saisonbedingte Winterarbeitslosigkeit heuer vermutlich in engeren Grenzen halten als in den Vorjahren.

In der *Industrie* setzte die Herbstsaison im September kräftig ein. Der Produktionsindex je Arbeitstag stieg um 7,8%, um fast 3% stärker, als saisongemäß zu erwarten war. Besonders stark belebte sich die Produktion in den Gießereien, in der Maschinen- und in der Elektroindustrie. Diese Zweige hatten allerdings ihre Produktion im August wegen Urlaube besonders stark eingeschränkt. Insgesamt wurden im September 1955 um 13% mehr dauerhafte Güter erzeugt als im Vorjahre, obwohl einzelne Zweige, vor allem in den Grundstoffindustrien, bereits die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreicht haben. Dagegen war die Produktion nichtdauerhafter Güter, die noch Spielraum besitzt, nur um 6% höher als im September 1954. Die unterschiedliche Entwicklung erklärt sich zum Teil daraus, daß die Investitionen und der Absatz dauerhafter Güter im Konjunkturaufschwung stets stärker zunehmen als Konsum und Absatz nichtdauerhafter Güter. Allerdings vermitteln die Produktionsindizes ein zu ungünstiges Bild von der Entwicklung der Konsumgüterindustrie, da die Holzverarbeitende Industrie und die Bekleidungsindustrie mangels ausreichender und vergleichbarer Produktionsdaten nicht erfaßt werden. Gerade diese Zweige ziehen aber – wie der Konjunkturtest des Institutes und die Beschäftigungsstatistik nachweisen – neben den Konsumgüter erzeugenden Betrieben der Elektroindustrie und der Eisen- und Metallindustrie den größten Nutzen aus dem wachsenden privaten Konsum. Dagegen war die Saisonbelebung in der Textilindustrie, Leder- und Schuhindustrie sowie in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie bisher verhältnismäßig gering.

Bemerkenswert ist das verhältnismäßig niedrige Produktionsniveau der Textilindustrie. Sie erzeugte im III. Quartal 1955 um 3% weniger als im III. Quartal 1954, obwohl der Export an Textilien im gleichen Zeitraum um 17% und der heimische Verbrauch um 21%

zugenommen hat. Einer der Hauptgründe für die unbefriedigende Entwicklung der Textilindustrie liegt darin, daß sie seit der teilweisen Liberalisierung der Textilimporte einen Teil ihres heimischen Absatzes an die ausländische Konkurrenz verloren hat. Die Textilimporte waren im III. Quartal 1955 um 54% höher als ein Jahr vorher. Außerdem wurde der lebhaftere Absatz in den letzten Monaten vielfach dazu benützt, Vorräte abzubauen.

Die Umsätze im Einzelhandel stiegen im Oktober saisongemäß um 12% und waren mengenmäßig um 10% höher als im Oktober 1954. Die Belegung der Nachfrage kam vor allem dem Handel mit Textilien und Schuhen zugute. Die Verbraucher haben einen Teil ihrer im September aufgeschobenen Käufe an Herbst- und Winterware nachgeholt und kauften mengenmäßig um 25% mehr Textilien und um 15% mehr Schuhe als im Oktober 1954. Auch die unter „Sonstiges“ zusammengefaßten Waren gingen überdurchschnittlich gut. Etwas schwächer waren die Umsätze an Lebensmitteln und — nach den umfangreichen Käufen der Vormonate — auch die Umsätze an Möbeln und Hausrat. Nach bisher vorliegenden Meldungen war das Weihnachtsgeschäft im Einzelhandel ausgezeichnet. Das Steigen der Masseneinkommen, bedingt durch hohe Beschäftigung, beträchtliche Remunerationen und die „Sonderzahlung“ in Höhe eines Wochenlohnes, die vielfach schon vor den Feiertagen flüssig gemacht wurde, ermöglichte noch bedeutend höhere Umsätze als im Vorjahre. Die Nachfrage nach einzelnen Waren, wie Möbeln, Radioapparaten und Öfen konnte vielerorts nicht voll befriedigt werden, da die Vorräte des Handels nicht ausreichten und die Produktion den Stoßbedarf nicht kurzfristig befriedigen konnte.

Der Außenhandel erreichte im Oktober Rekordwerte. Die *Einfuhr* stieg um 176 Mill. S oder 9% auf 2.112 Mill. S und übertraf damit um 5 Mill. S den bisher höchsten Stand vom Dezember 1954. Gegenüber September nahmen vor allem die Brennstoffimporte stark zu (von 255 Mill. S auf 301 Mill. S), da mehr Kohle bezogen wurde und die Weltmarktpreise weiter anziehen. Weiters wurden verschiedene Halb- und Fertigwaren in größeren Mengen importiert, wie Elektrogeräte, Maschinen, Textilien, Me-

tallwaren und Personenkraftwagen. Im Oktober kamen 5.428 Personenkraftwagen im Werte von 116 Mill. S nach Österreich, um 70% mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Allerdings wird die Welle der Autoimporte vermutlich bereits in den nächsten Monaten etwas abebben. Dafür sprechen die kräftige Erhöhung der Zölle für Gebrauchtwagen, die Einschränkung der organisierten Konsumkredite und nicht zuletzt der Umstand, daß der durch Preisermäßigungen und konjunkturbedingte Einkommenssteigerungen ausgelöste Stoßbedarf an Personenkraftwagen allmählich gedeckt erscheint. Jedenfalls war die Zahl der neu zum Verkehr zugelassenen Personenkraftwagen, Lastkraftwagen und Motorräder in den Monaten Juli bis Oktober mit 9.934 Einheiten pro Monat saisonbedingt etwas niedriger als im 1. Halbjahr, während sie im gleichen Zeitraum des Vorjahres noch um 21% zugenommen hatte.

Gleichzeitig mit der Einfuhr stieg auch die *Ausfuhr*, die bereits im September einen Rekordstand erreicht hatte, neuerlich um 161 Mill. S auf 1.746 Mill. S. Am stärksten belebte sich der Export von Rohstoffen (besonders Erze und Schrott, Holz und Magnesit), der im Vormonat unverändert geblieben war. Außerdem wurden Metallwaren, Elektrogeräte und Textilien in erheblich größeren Mengen ausgeführt. Die Textilausfuhr stieg von 133 Mill. S im September auf 150 Mill. S im Oktober (Monatsdurchschnitt in den ersten drei Quartalen 1955 112 Mill. S).

Die legalen kommerziellen Exporte in die Sowjetunion, die in den ersten 8 Monaten 1955 nur 3 Mill. S erreichten, stiegen im September und Oktober auf 15 und 21 Mill. S. Es handelt sich dabei um Lieferungen ehemaliger USIA-Betriebe noch vor Inkrafttreten des Handelsvertrages, die von der Sowjetunion in Schillingen bezahlt wurden. Außerdem sind die Ablöselieferungen angelaufen, die bisher in der Handelsstatistik nicht ausgewiesen werden. Nach Angaben der österreichischen Abwicklungsstelle wurden bis Ende November rund 300.000 t Erdöl als Ablöse für die Erdölbetriebe und Waren für 1.35 Mill. \$ als Ablöse für die USIA-Betriebe geliefert.

Die *Handelsbilanz* war im Oktober mit 366 Mill. S annähernd gleich stark passiv wie im Durchschnitt

der ersten drei Quartale 1955 (376 Mill. S). Da aus dem Fremdenverkehr per Saldo nur noch 38 Mill. S Devisen eingingen, wirkte sich das Handelsbilanzpassivum nahezu in voller Höhe auf die Devisenbilanz aus. Die Nettobestände der Notenbank an Gold und Devisen sanken im Oktober um 340 Mill. S und im November um weitere 236 Mill. S auf 9.047 Mill. S. Das Defizit in der EZU betrug in beiden Monaten 4,7 Mill. \$ und 2,7 Mill. \$, obwohl die EZU-Gebahrung durch vorzeitige bilaterale Abrechnungen entlastet wurde (in beiden Monaten um etwa 16 Mill. \$).

Die umfangreichen Devisenverkäufe der Notenbank verringerten den Zahlungsmittelumlauf. Das zirkulierende *Geldvolumen*, das bereits im III. Quartal 1955 nur wenig gestiegen war, ging im Oktober sogar absolut um 180 Mill. S zurück (im Oktober 1954 hatte er noch um 588 Mill. S zugenommen). Ein namhafter Teil des Rückganges entfällt auf öffentliche Guthaben. Die freien Giroguthaben öffentlicher Stellen bei der Notenbank sanken im Oktober um 84 Mill. S und die gesamten Scheckeinlagen der Postsparkasse, die einen Großteil der öffentlichen Gelder verwaltet, um 121 Mill. S. Die öffentlichen Körperschaften müssen offenbar auf Kassenreserven zurückgreifen, um ihre nur saisonbedingten Haushaltsdefizite zu decken.

Obwohl ein Teil der von der Notenbank und der Postsparkasse abgezogenen öffentlichen Guthaben dem Kreditapparat zufließt, blieb den Kreditinstituten nur wenig Spielraum für zusätzliche Ausleihungen. Auf Scheckkonten (ohne Postsparkasse) wurden nur 119 Mill. S und auf Sparkonten nach vorläufigen Zahlen 174 Mill. S eingelegt. Da sich überdies die Postsparkasse bemüht, ihre Zwischenbankkredite zurückzuziehen, waren die Kreditinstitute in ihrer Kreditpolitik sehr vorsichtig. Das kommerzielle *Kreditvolumen* stieg nur um 266 Mill. S, um 225 Mill. S weniger als im Vorjahr. Dabei handelt es sich ausschließlich um Kredite, die nicht auf die Kreditabkommen angerechnet werden: 115 Mill. S waren Kredite an USIA-Betriebe, 83 Mill. S Erntefinanzierungskredite der landwirtschaftlichen Spitzeninstitute, 67 Mill. S Kredite für Sperrlager von Importgetreide und 11 Mill. S Exportkredite. Auf diese Weise konnte das Kreditvolumen ausgeweitet werden und trotz-

dem die „Krediterteilungsreserve“ der Banken und Kreditgenossenschaften um 227 Mill. S auf 619 Mill. S erhöht werden.

Die im November verfügten kreditpolitischen Maßnahmen der Notenbank und des Finanzministeriums wurden im Dezember durch Abkommen mit den Sparkassen, den Kreditgenossenschaften und den Versicherungsgesellschaften ergänzt. Wie sich diese Maßnahmen praktisch auf das Kreditvolumen und in weiterer Folge auf die gesamte kaufkräftige Nachfrage auswirken werden, läßt sich bei der Vielfalt der geltenden Einzelbestimmungen (Rediskontplafond der Notenbank, verschiedene Liquiditätsbestimmungen, Vereinbarungen über die absolute Höhe der *eingewäumten* Kredite und die relative – im Vergleich zum Einlagenstand – Höhe der *ausgenützten* Kredite, Bestimmungen über qualitative Kreditauslese usw.) nur schwer abschätzen. Zunächst liegt das Schwergewicht offenbar bei den in den Kreditabkommen festgelegten Restriktionsmaßnahmen. Die Bestimmung, daß die bestehenden Krediterteilungsreserven tunlichst nicht ausgenutzt und Überschreitungen des Kreditplafonds rückgängig gemacht werden sollen, würde nach dem Stand von Ende Oktober 1954 eine Einschränkung der von den Banken und Kreditgenossenschaften gewährten Kredite um 344 Mill. S erfordern. Auch die vereinbarte Einschränkung der Kreditzusagen um 10% innerhalb von 3 Monaten engt den kreditpolitischen Spielraum der Institute ein. Schließlich wurde Vorsorge getroffen, daß der organisierte Konsumkredit wirksamer als bisher eingeschränkt wird.

Die Maßnahmen der Notenbank zielen hauptsächlich auf psychologische und längerfristige Effekte ab. Die unmittelbaren kreditpolitischen Konsequenzen der von der Notenbank vorgeschriebenen Mindestreserve von 5% der Einlagen sind nur gering. Die meisten Kreditinstitute sind bereits auf Grund anderer Bestimmungen (Kreditabkommen, Statuten) verpflichtet, Mindestreserven zu halten und verfügen auch tatsächlich über höhere als die von der Notenbank geforderten liquiden Mittel. Eine stärkere Erhöhung der Liquidität wird voraussichtlich nur bei der Girozentrale, bei einzelnen Kreditgenossenschaften und bei den Hypothekenanstalten not-

wendig sein, die ihre liquiden Mittel größtenteils nicht bei der Notenbank, sondern bei den Banken veranlagt haben. Auch die Diskonterhöhung wirkt sich hauptsächlich mittelbar aus, indem sie die Erwartungen der Kreditinstitute und der Kreditnehmer beeinflusst. Die Produktionskosten der Wirtschaft werden nur wenig erhöht, da nur ein Teil der Kredite um $\frac{1}{2}\%$ verteuert wird. Die zusätzliche Belastung der Wirtschaft mit Zinsen beträgt nur etwa 70 Mill. S pro Jahr. Wahrscheinlich verliert die Bankratenerhöhung auch dadurch an Wirkung, daß die Einlagenzinsen, die schon anlässlich der letzten Diskonterhöhung nicht in vollem Umfang erhöht wurden, unverändert bleiben.

Das *Preisniveau* hat sich von Mitte Oktober bis Mitte November nur wenig verändert. Der Index der Großhandelspreise sank um 1% auf 829 (1938=100), der Index der Lebenshaltungskosten stieg vorwiegend saisonbedingt um $0,9\%$ auf 695,5 (1938=100). Im einzelnen entwickelten sich die Preise *sehr uneinheitlich*. Auf der einen Seite kam es auf verschiedenen Märkten zu Verbilligungen. Die Industrie z. B. hat — offenbar um zur Beruhigung des „Preisklimas“ beizutragen — die Preise für Normalkristallzucker, Margarine, Maisgrieß, Süßwaren und Marmelade gesenkt. Gleichzeitig bemüht sich die Wirtschaftspolitik, saisonbedingte Verteuerungen und Verknappungen vor Weihnachten dadurch zu mildern, daß sie für verschiedene Nahrungsmittel, wie Geflügel, Nüsse und Mandeln, die vor Weihnachten stets in größeren Mengen eingeführt werden, vorübergehend keine Zölle einhebt. Von größerer Bedeutung ist weiters die Senkung des Pumpenpreises für Benzin von S 3,70 auf S 3,10 je Liter. Die Verbilligung von Benzin war auf Grund der niedrigen Produktionskosten der heimischen Erdölförderung möglich. Sie war aber auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit, da seit der Liberalisierung in wachsendem Maße ausländisches Benzin eingeführt wurde und billiger war als inländisches Benzin. Obwohl Österreich der zweitgrößte Erdölproduzent Europas ist, wurden im III. Quartal 1955 43% und im Oktober sogar 56% des heimischen Benzinverbrauches durch Importe gedeckt. Durch die kräftige Senkung des heimischen Benzinpreises — er zählt nunmehr zu

den niedrigsten in Westeuropa — hofft man, der ausländischen Konkurrenz wirksam zu begegnen.

Eine leichte Entspannung zeichnet sich auch auf einzelnen landwirtschaftlichen Märkten ab. Die Schweinepreise, die von August bis Oktober, trotz umfangreichen Importen, die im Stabilisierungsabkommen festgelegte Obergrenze überschritten hatten, sanken im November dank einem verstärkten heimischen Angebot bis zu 10% . Auch Rinder wurden etwas billiger. Die rückläufige Tendenz auf den Viehmärkten wird wahrscheinlich saisonbedingt — mit einer vorübergehenden Unterbrechung zu Weihnachten — bis ins kommende Frühjahr anhalten. Auch auf dem Holzmarkt scheint eine Entspannung möglich. In den ersten drei Quartalen 1955 wurde um ein Viertel mehr Holz geschlägert als zur gleichen Zeit des Vorjahres, aber um 8% weniger (auf Rohholzbasis) exportiert. Trotz dem hohen Angebot im Inland blieben die Preise bisher stabil und zogen teilweise sogar noch an, weil Sägen, Papierindustrie und Holzverarbeitende Industrie ihre Vorräte ergänzten. Eine weitere Auffüllung der Lager wird jedoch nicht nur durch die Verknappung und Verteuerung des Kredites erschwert, sondern auch von den Sägewerken abgelehnt, die ihre Vorräte ohnehin als zu hoch empfinden und Lagerverluste befürchten. Unter diesen Umständen könnte die sich auf dem Weltmarkt abzeichnende Tendenz leicht sinkender Preise auch auf den heimischen Markt übergreifen, vorausgesetzt, daß der Holzexport auch nach Ablauf des Außenhandelsverkehrsgesetzes in dieser oder jener Form mengenmäßig beschränkt wird.

Auf der anderen Seite schürt die Hochkonjunktur im In- und Ausland nach wie vor zahlreiche Preisauftriebstendenzen. Die Hausse auf den Märkten für industrielle Rohstoffe, wie Kohle, Stahl und Nicht-Eisenmetalle hält unvermindert an und belastet die Kalkulation der weiterverarbeitenden Industrien. Weiters begünstigen die lebhaftere Nachfrage und zeitweise Verknappungen vor Weihnachten Verteuerungen verschiedener gewerblicher Konsumgüter. Im Konjunkturtest des Institutes meldeten im November 20% aller Einzelhändler steigende Einkaufspreise für Schuhe, Parfümerie- und Schreibwaren und 40% aller Einzelhändler steigende Einkaufspreise für Uhren,

Schmuckwaren und Lederwaren. Vor allem aber ist die Frage des Milchpreises noch in Schwebelage, die entscheidend zur jüngsten Preis-Lohn-Debatte beigetragen hat.

Die *Lohnbewegung* hat sich seit Oktober wieder stärker von den Betrieben auf die Fachgruppen und Fachgewerkschaften verlagert. Die organisierte Arbeiterschaft ist offensichtlich bestrebt, die zweite Lohnwelle seit Beginn des Konjunkturaufschwunges, die in den Sommermonaten vorübergehend unterbrochen wurde, in diesem Jahr systematisch durchzuziehen und auf alle jene Gruppen von Unselbständigen auszudehnen, die in diesem Jahre noch keine Lohnforderungen gestellt haben. Im Zuge dieser Lohnverhandlungen wurden unter anderem die Tariflöhne in der Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie und in verschiedenen Zweigen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie um 4% erhöht. In den meisten Fällen haben die Unternehmer zugestanden, die effektiv gezahlten Löhne ebenso stark wie die Tariflöhne zu erhöhen. Von größerer Tragweite ist weiters die im Dezember vereinbarte Lohnerhöhung im Baugewerbe und Baunebengewerbe um 9%. Die gut organisierten und von der Konjunktur besonders begünstigten Bauarbeiter konnten erst am Ende der

Bausaison eine Korrektur ihrer Tariflöhne durchsetzen, da sie sich kollektivvertraglich verpflichtet hatten, bis Ende 1955 keine Lohnforderungen zu stellen (die tatsächlichen Verdienste sind allerdings dank der guten Baukonjunktur bereits früher erheblich gestiegen). Die angeführten Lohnerhöhungen werden den Index der Netto-Tariflöhne für Wien um insgesamt 3'40% steigern. Er wird Ende Dezember voraussichtlich 681 (ohne Kinderbeihilfe; 1945=100) erreichen und damit um 4'50% über dem Stand zu Jahresbeginn liegen.

Die Arbeiter und Angestellten, die gegen Jahresende keine Lohnerhöhungen erhielten, konnten fast durchwegs die vom Gewerkschaftsbund geforderte „Sonderzahlung“ in Höhe eines Wochenlohnes durchsetzen. Eine Sonderregelung wurde für die Bundesbediensteten getroffen. Sie erhalten im Jänner eine einmalige Zulage, die nur nach den Familienverhältnissen und nicht nach dem Einkommen gestaffelt ist. Gleichzeitig wurde ihnen jedoch ab 1. Februar eine weitere Valorisierung der Beamtengehälter zugesagt. Die Kosten des Bundes für „Sonderzahlung“ (Bundesbedienstete und Rentner) und Gehaltsnachziehungen sollen teilweise durch Kürzung der öffentlichen Investitionen aufgebracht werden.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.7

Das Finanzministerium hat nunmehr auch mit den Sparkassen, den vier großen Teilzahlungsfinanzierungs-Instituten und den Kreditgenossenschaften sowie den Versicherungsanstalten (für Darlehen und Teilzahlungskredite) hnliche Abkommen im Sinne einer Kreditrestriktion wie bereits Ende November mit dem Verband der Banken und Bankiers vereinbart. Wie sich die neuen Maßnahmen auswirken, die mit Ausnahme der Bankratenerhöhung alle das Kreditangebot beschränken (siehe auch Monatsberichte, Heft 10, Jg. 1955, S. 332 ff), läßt sich aus den vorhandenen Unterlagen noch nicht voll erkennen. Die Vielfalt der derzeit gültigen Regelungen (Rediskontplafond, zwei bis drei verschiedene Liquiditätsbestimmungen, direkte oder von der Einlagenentwicklung abhängige Kreditbeschrankung, qualitative Kreditkontrolle usw.) erschwert das Urteil. Außerdem verdecken die sehr globalen Angaben über die Einhaltung der Vorschriften die bestehenden Unterschiede zwischen einzelnen Kreditinstituten und Institutsgruppen. Es wäre theoretisch möglich, daß bei jeder dieser Regelungen global gesehen noch eine Kreditausweitungsmoglichkeit bestünde, die aber nicht ausgenutzt werden kann, weil jedes Institut bereits an die Grenze einer *anderen* Regelung stößt.

Die Bestimmung, daß die nach den bestehenden Abkommen vorhandenen Krediterteilungsreserven tunlichst nicht ausgenutzt und Überschreitungen der Kreditplafonds rückgängig gemacht werden sollen, würde nach dem Stand von Ende Oktober bei den Banken und den Kreditgenossenschaften (für die Sparkassen liegen keine Zahlen vor) eine Einschränkung der Kredite um 344 Mill. S erfordern. Da ein Teil der Kredite durch Überweisungen von Scheckkonten zurückgezahlt werden würde, verlören die Institute Einlagen und müßten daher die Kredite noch stärker einschränken. Andererseits gibt es auch Kreditgewährungen, die dem Abkommen nicht unterliegen und laufend neue Einlagen schaffen. Im Oktober z. B. haben die Banken und Kreditgenossenschaften die den Abkommen unterliegenden Kredite um 138 Mill. Schilling eingeschränkt, die ihnen nicht unterliegenden Kredite, zu denen jetzt auch Kredite für Sperrlager von Importgetreide zählen, jedoch um 268 Mill. Schilling ausgeweitet. Außerdem erhielten die Institute auch durch den Abbau der Guthaben des Bundes bei der Postsparkasse neue Einlagen. Die gesamten Scheckeinlagen bei der Postsparkasse nahmen von Ende August bis Ende Oktober um 351 Mill. S

ab, während sie in der gleichen Zeit des Vorjahres um 355 Mill. S zugenommen hatten.

Stärker restriktiv wirken wahrscheinlich die Bestimmungen über die Rückforderung von uberziehungen der Kreditrahmen und der Kürzung der Kreditrahmen um 10% des Standes von Ende Oktober innerhalb von 3 Monaten.

Die nicht ausgenutzten Kreditzusagen betragen Ende März (spätere Zahlen liegen nicht vor) bei den Banken 23% der in Anspruch genommenen Kredite einschließlich der nicht ausgenutzten Zusagen. Nimmt man an, daß die Ausnützung Ende Oktober ebenso hoch war, so würde eine Kürzung der Kreditrahmen um 10% bei gleichbleibendem Kreditvolumen eine Ausnützung von 87% bedeuten und damit den bisher höchsten Ausnutzungsgrad von 85% zu Ende März 1952 überschreiten. Berücksichtigt man noch die Einforderung von uberziehungen, so könnte durch diese Bestimmung selbst eine Kreditausweitung, die nicht über den Spareinlagenzuwachs hinausgeht, verhindert werden. Freilich werden sich diese Bestimmungen — falls nicht die Liquidität der Institute stärker zurückgeht — erst in den ersten Monaten des Jahres 1956 auswirken. Nun steigt der Kreditbedarf im Dezember durch verschiedene Sonderzahlungen und Weihnachtsremunerationen und für die Ausnützung der steuerlichen Investitionsbegünstigungen erheblich an. Die Kürzung der Kreditrahmen fällt den Banken vor allem wegen ihrer engen Beziehungen zu einem Teil ihrer Kreditnehmer schwer. Werden die Kredite ihrer Konzernfirmen weniger gekürzt, so müßten die Kredite an die anderen Unternehmungen um so stärker eingeschränkt werden, was diese Kunden bewegen könnte, früher oder später andere Kreditgeber zu suchen.

Die Vorschreibung einer Mindestreserve von 5% ab 1. Dezember durch die Nationalbank verschärft die geltenden Liquiditätsbestimmungen nicht und macht im allgemeinen auch keine Erhöhung der liquiden Mittel notwendig. Ende Oktober hätte bei einem Einlagenstand von 26,7 Mrd. S eine 5%ige Reserve 1,335 Mill. S erfordert. Tatsächlich besaßen aber die Kreditinstitute Ende Oktober allein bei der Nationalbank 1,515 Mill. S und dazu kommen noch die Guthaben bei der Postsparkasse, die ebenfalls zu den Mindestreserven zählen.

Bei einzelnen Instituten und Institutsgruppen wird die Festsetzung der Mindestreserven aber doch zumindest die Rentabilität verringern. Einzelne Institute, die nämlich bisher weniger liquide Mittel hielten, als vorgeschrieben waren, oder keine oder geringere Liquiditätsvorschriften hatten, werden nun gezwungen, ihre Mindestreserven zu erhöhen.

Den Aktienbanken und Bankiers waren nach den bisherigen Abkommen 15% liquide Mittel ersten Grades vorgeschrieben. Ende Oktober betrug die Liquidität im Durchschnitt 15·5%, gegen 13·6% Ende September. Während jedoch die Kassenbestände und eskontfähigen Schatzscheine (bis 7·5%) als liquide Mittel ersten Grades gelten, sind sie in die Mindestreserve nicht einrechenbar. Der Ausschluß der Kassenbestände als Mindestreserve wiegt aber nicht schwer. Ende Oktober hielten die Kreditinstitute im Durchschnitt nur 2·3% der Spar- und Scheckeinlagen in Bargeld. Wegen der Zentralisierung dürfte dieser Prozentsatz bei den Banken geringer sein und weiter gesenkt werden können. Die Schatzscheine können die Institute, allerdings auf Kosten der Rentabilität, ebenso wie die Wechsel der USIA-Unternehmungen, bei der Nationalbank eskontieren. Außerdem sind die Zwischenbankeinlagen, die bei den Banken Ende September 21% der Einlagen ausmachten, nicht mindestreserverpflichtig. Schließlich werden die Mindestreserven nach den Wochen- oder Tagesdurchschnitten errechnet, während die nach den Kreditabkommen vorgeschriebene Liquidität zum Monatsultimo gehalten werden muß. Da die Institute (besonders die Banken) während des Monats durch den Rückfluß von Bargeld höhere Nationalbankguthaben halten können, kann der Monatsendstand unter 5% sinken. Im Oktober z. B. hielten die Institute Ende des Monats durchschnittlich 5·7% ihrer Einlagen auf einem Nationalbankgirokonto, im Wochendurchschnitt jedoch 6·6%.

Bei anderen Institutsgruppen ist die Lage ähnlich. Die Sparkassen sind nach ihrer Satzung verpflichtet, 10% der Spareinlagen und 20% der Giroeinlagen, und zwar zum Halbjahres- und Jahresultimo, bei der Girozentrale zu unterhalten. Da jedoch zu Jahresultimo im allgemeinen die Liquidität ohnehin besonders stark angespannt ist, werden die neuen Bestimmungen über die Mindestreserven auch die bisherigen Vorschriften nicht verschärfen. Für die Girozentrale gab es bisher nur die Vorschriften des Kreditabkommens von 1952. Eine Erhöhung ihrer Liquidität durch die neuen Bestimmungen könnte sich indirekt dadurch auf die Sparkassen auswirken, daß die Girozentrale die Verzinsung der Guthaben der Sparkassen senken muß. Der Abzug ihrer Zwischenbankguthaben wird sich aber auch auf die Liquidität der Banken auswirken. Bei den Hypothekenanstalten erreichten Ende September die Kassenbestände, Nationalbank- und Postsparkassenguthaben 3% der Scheck- und Spareinlagen. Sie besaßen jedoch Zwischenbankguthaben von 70% der Einlagen. Die Volksbanken hielten Ende Juni 6·8% von ihren Einlagen entweder bar oder auf Postsparkassen- und Nationalbankgirokonto. Ebenso wie bei den Raiffeisenkassen, für die keine Angaben über die Liquidität vorliegen, ist allerdings der notwendige Kassenbestand dieser meist kleinen Institute wahrscheinlich relativ höher als bei großen Instituten in den Städten. Über das Postsparkassenamt werden keine Zahlen veröffentlicht.

Die unterschiedliche Auswirkung der Festsetzung der Mindestreserven auf einzelne Institute zeigte sich bereits am Geldmarkt. Einzelne Institute konnten im November 30 Mill. S Handelswechsel und 10 Mill. S Schatzscheine rücklösen und die Giroguthaben gingen um 40 Mill. S zurück, während gleichzeitig andere Institute für 193 Mill. S Lombarddarlehen aufnahmen.

Die Bankratenerhöhung führt unmittelbar nur zu einer Verteuerung der kurzfristigen Kredite der Banken um 0·5%. Viele Sparkassen werden ab 1. Jänner die Zinsen für Kontokorrent- und Wechselkredite ebenfalls um 0·5% erhöhen. Das genügt nicht, um die Nachfrage nach Krediten entscheidend zu reduzieren. Der Nachfrageüberschuß muß deshalb durch die Kreditauslese der Institute beschränkt werden. Welche Kredite am meisten eingeschränkt werden, hängt weitgehend von der Kreditpolitik der Institute ab. Nur bei Krediten zur Finanzierung von Teilzahlungsgeschäften haben sich die Institute ausdrücklich zur Einschränkung verpflichtet. Die Vereinbarungen vom Mai dieses Jahres über einen Stop der Teilzahlungskredite waren fast wirkungslos geblieben, weil er sich nur auf den Kreditrahmen der Teilzahlungsinstitute bei ihrer refinanzierenden Bank bezog und die Institute sich Kredite auch aus anderen Quellen beschaffen konnten, um die hohe Nachfrage, die auch durch die Währungsgerüchte angeregt wurde, zu befriedigen. Die Einschränkung der Teilzahlungskredite soll vor allem den Import von Fahrzeugen vermindern.

Daß die kreditrestriktiven Maßnahmen vom Mai noch nicht ausreichten, die Zahlungsbilanz durch Eindämmung der inländischen Nachfrage zu entlasten, zeigen die Zahlen für das III. Quartal. Am Höhepunkt der Reisesaison entstand nur ein Überschuß von 379 Mill. S gegen 1.197 Mill. S im Vorjahr. Die Ertragsbilanz schloß mit einem Passivum von 45 Mill. S, die unentgeltlichen Leistungen auf Grund des Staatsvertrages erreichten 106 Mill. S. Österreich exportierte 82 Mill. S mehr langfristiges Kapital, als es importierte, da die Nationalbank Kapitalimporte nur in Ausnahmefällen genehmigt. Die valutarischen Bestände erhöhten sich ausschließlich durch Eingänge aus statistisch nicht erfaßten Posten. Im Oktober verminderte sich der Nettodevisenbestand der Nationalbank um 340 Mill. S, im November nur noch um 236 Mill. S, d. i. um 52 Mill. S mehr als im November des Vorjahres. Das EZU-Defizit im November von 2·7 Mill. \$ war einschließlich der im Laufe des Monats erfolgten bilateralen Schuldrückzahlungen von 9·2 Mill. \$ erstmalig um 1·3 Mill. \$ niedriger als im Vorjahresmonat.

Die durch das Zahlungsbilanzdefizit verringerte Liquidität wirkte auch auf die Krediterteilung bremsend und die Kreditausweitung blieb wie im September auch im Oktober hinter der des Vorjahres zurück. Von der Zunahme von 266 Mill. S entfielen 115 Mill. S auf USIA-Kredite und 83 Mill. S auf Erntekredite der landwirtschaftlichen Spitzeninstitute. Für die Spareinlagen liegen noch keine endgültigen Zahlen vor. Nach vorläufigen Zahlen waren die Zu-

gänge im September und Oktober mit 141 Mill. S und 179 Mill. S niedriger als in den gleichen Monaten der Jahre 1954 und 1953.

Die Geldmenge hat im Oktober um 180 Mill. S abgenommen. 66 Mill. S Noten und Münzen wurden aus dem Verkehr gezogen, die Einlagen auf Scheckkonten blieben stabil. Öffentliche Stellen und ausländische Kreditinstitute zogen 84 Mill. S und 27 Mill. S von ihren Giro Guthaben bei der Nationalbank ab.

Vorläufig wird ein Teil des Rückganges der Geldmenge durch die steigende *Umlaufgeschwindigkeit* kompensiert. Berechnet auf Grund der Umsatzeingänge war sie im III. Quartal um 3% höher als im gleichen Quartal des Vorjahres. Im 1. Halbjahr lag sie noch um 1% niedriger als im 1. Halbjahr 1954. Die höhere Umlaufgeschwindigkeit ist zum Teil eine Folge des geringeren Anteils der öffentlichen Einlagen am Geldvolumen, zum Teil hat sich auch die Umlaufgeschwindigkeit des im Besitz von privaten Stellen befindlichen Geldvolumens erhöht. Die privaten Haushalte hielten einen geringeren Teil ihres Einkommens in Bargeld, teils wegen der Währungsgerüchte, die auch ihre zukünftige Einkommensentwicklung optimistisch erscheinen ließen, teils weil ihre höheren Spareinlagenstände die Funktion von liquiden Mitteln erfüllten.

Aus ähnlichen Gründen ließen auch die Unternehmer ihre Kassenbestände nicht so stark zunehmen wie ihre Umsätze. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß die Unternehmer seit Oktober ihre Kassenbestände als zu niedrig ansehen. Die Kreditrestriktion erschwerte es, kurzfristig benötigte liquide Mittel zu erhalten, wenn die bisherigen Ausgaben aufrechterhalten werden. Aber auch Unternehmer, die nicht auf Bankkredite zurückzugreifen pflegen, können durch längere Zahlungsfristen ihrer Kunden getroffen werden. Die Kreditrestriktion wird somit vorläufig eine Verringerung der Kassenhaltung der Unternehmungen verursachen. Die Haushalte dürften aber nach den überstürzten Käufen ihre liquiden Mittel wieder auffüllen. Diese Tendenz zu einer Verringerung der Umlaufgeschwindigkeit der „privaten Geldmenge“ wird aber teilweise durch den Abbau der öffentlichen Einlagen in ihrer Wirkung auf die Umlaufgeschwindigkeit der gesamten Geldmenge kompensiert.

Der *Kapitalmarkt* spürt bisher kaum die neuen kreditpolitischen Maßnahmen. Da man bereits seit einigen Monaten mit einem weiteren Steigen der Bankrate rechnete, war sie in den Kursen bereits eskontiert. Nur einzelne niedrig verzinsliche Wasserkraftobligationen erlitten Kursrückschläge. Die Auswirkung wurde auch dadurch gemildert, daß die

Spareinlagenzinssätze nicht erhöht wurden und die Nachfrage nach höherverzinslichen *Pfandbriefen* und *Kommunalobligationen* wegen der Emissionsbeschränkungen das Angebot übersteigt. Anfang Dezember wurden den Hypothekenanstalten neue Emissionsgenehmigungen erteilt. Im Oktober konnten sie 42 Mill. S und die Banken 37 Mill. S dieser Papiere neu in Umlauf bringen. Trotzdem dürfte die Nachfrage bis Jahresende nicht voll befriedigt werden können. Nach Jahresende ist aber mit einem Rückgang der Nachfrage zu rechnen. Obwohl sich der Anteil der privaten Käufer am Absatz dieser Wertpapiere in den letzten Jahren etwa verdreifacht haben dürfte, wird sich das Nachlassen der Nachfrage der Kreditinstitute stärker bemerkbar machen. Für die Kreditinstitute bietet der Zinssatz der Neuemissionen gegenüber ihren höheren Erträgen im Kreditgeschäft nicht mehr genügend Anreiz. Außerdem wird die Nachfrage durch den Wegfall der steuerlichen Begünstigungen des Sparbegünstigungsgesetzes, das zum Jahresende abläuft, beeinträchtigt. Im Jahre 1954 wurde bei 52% der bei den Hypothekenanstalten begebenen Pfandbriefe und Kommunalobligationen die Steuerbegünstigung in Anspruch genommen.

Für den Aktienmarkt bedeutet der Wegfall dieser Steuerbegünstigung der festverzinslichen Werte einen relativen Vorteil. Derzeit werden Aktien allerdings noch immer wegen ihres Sachwertcharakters und weniger wegen ihres Ertrages gekauft. Ein Zeichen der Normalisierung ist die uneinheitliche Entwicklung einzelner Aktien und Aktiengruppen. Von Mitte Oktober bis Mitte November ging der Kursindex um 4% zurück. Besonders stark sanken Brauerei- und Textilaktien, während Aktien von Bau- und Magnesitbergbauunternehmungen weiter stiegen.

Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.8

Die stark psychologisch bedingte Spannung auf dem Gebiete der Preise und Löhne, die im November ihren Höhepunkt erreichte, beruhigte sich gegen Monatsende wieder. Über die Forderung des Gewerkschaftsbundes nach einem zusätzlichen Wochenlohn bzw. einem Viertelmonatsbezug hat man sich in den meisten Branchen bereits geeinigt und auch die Forderung nach einer Kommission, die die Preis- und Lohnentwicklung laufend beobachten und der Regierung Vorschläge erstatten soll, wurde im Prinzip akzeptiert. Schließlich wirkten auch die (angekündigten oder schon durchgeführten) Senkungen verschiedener Lebensmittelpreise entspannend. Diese Preissenkungen wurden teils durch wirtschaftspolitische Maßnahmen, wie vorübergehende, auf die Vorweihnachtszeit be-

schränkte Zollstundungen, teils durch spontane Preissenkungen der Erzeugerverbände ermöglicht. Bei einzelnen Waren — z. B. Schlachtvieh — hat sich auch die Marktlage entspannt. Dennoch halten einige Preisaufrichtungstendenzen weiter an: so ist die landwirtschaftliche Forderung nach Erhöhung des Milchpreises weiter aufrecht, die Preise der industriellen Roh- und Hilfsstoffe werden von der Hochkonjunktur begünstigt und die Lohnerhöhung griff — wenn auch in relativ bescheidenem Ausmaß (meist 4%) — auf den Konsumgüterbereich (Textil-, Bekleidungs- und Lebensmittelsektor) über; in stärkerem Ausmaß (+ 9%) wurden die Löhne für Bauarbeiter und verwandte Berufe erhöht.

Nach einem leichten Rückgang im Oktober und im ersten Novemberdrittel hat sich das Preisniveau auf den *internationalen Rohwarenmärkten* wieder merklich gefestigt. Besonders die Notierungen für Kautschuk und Kupfer, die binnen Jahresfrist um 100% und 50% gestiegen waren und im Oktober vorübergehend nachgegeben haben, zogen, ebenso wie die für Blei und Zink, Ende November wieder kräftig an (wohl zum Teil als Reaktion auf die vorherige Baissespekulation, die zur Verknappung von Lagerbeständen geführt hat). Auch bei Eisen, Stahl und Kohle hielt der Preisaufricht an. Die internationalen Nahrungsmittelmärkte dagegen waren flau.

Im *Inland* hat sich die Preissituation vor allem auf den Lebensmittelmärkten etwas entspannt. Anfang Dezember ermäßigte die Industrie spontan die Preise für Normalkristallzucker von S 6'20 auf S 5'96 je kg, von Margarine von S 14'— auf S 13'60 und von Maisgrieß von S 3'80 auf S 3'42 je kg. Als Folge der Senkung des Zuckerpreises werden auch Süßwaren, Marmelade usw. verbilligt. (Die neuen Preise für Normalkristallzucker liegen nunmehr unter dem amtlichen Höchstpreis, der unverändert geblieben ist.)

Nachdem bereits Mitte Oktober für die Weihnachtszeit die Zölle für (insgesamt 800 t) Geflügel von S 5'60 auf S 1'40 je kg gesenkt worden sind, wurde nunmehr auch auf den restlichen Zoll verzichtet. Auch andere Lebensmittel für den Weihnachtstisch werden zwischen 28. November und 24. Dezember zollfrei sein. Durch die Zollstundung will man teils die Inlandspreise von Gänsen, Enten und Karpfen zu Weihnachten tief halten, teils vor allem Haselnüsse und Mandeln verbilligen, die durch Mißernten in den Mittelmeerländern bis zu 50% verteuert wurden. Auch für ausländischen Ersatzkaffee wurde, offenbar im Hinblick auf die kürzliche 15%ige Verteuierung inländischer Kaffeemittelsorten, ebenso wie für Nüsse und Honig der Zoll gestundet.

Abgesehen von diesen bewußten Preissenkungen haben sich im November verschiedene Lebensmittelmärkte, vor allem der Schlachtviehmarkt, auch durch ein erhöhtes Angebot entspannt. Die Preise auf dem Wiener Schweinemarkt sind infolge des steigenden Inlandsangebotes plötzlich gefallen. Am 8. November fielen die Preise für inländische Schweine im Ausmaß bis zu 80 Groschen, die für ungarische Schweine bis zu 90 Groschen je kg Lebendgewicht. Diese Tendenz hielt auch auf den folgenden Wochenmärkten im November an. Die gleiche Entwicklung ergab sich auf dem Rindermarkt. Den Letztverbrauchern kamen diese Verbilligungen bisher allerdings erst wenig zugute.

Die Gemüsepreise haben saisonbedingt angezogen, liegen jedoch bei vielen Sorten weiterhin unter dem Vorjahresniveau. Eier sind knapp und teurer geworden.

Der Preis für inländisches Benzin ab Pumpe wurde Mitte November von S 3'70 auf S 3'10 ermäßigt, da der Raffinerieabgabepreis um 45 Groschen gesenkt wurde und durch Wegfall des Orop-Zuschlages und Kürzung der Verteilerspannen weitere 15 Groschen eingespart werden konnten. Da der Benzinpreis unter dem Konkurrenzdruck der liberalisierten Importe bereits im Mai 1954 von S 4'19 auf S 3'90 und im Februar 1955 auf S 3'70 gesenkt worden ist, hat er sich insgesamt innerhalb der letzten 18 Monate um 26% verbilligt. Damit ist der österreichische Benzinpreis, der vor Mai 1954 noch höher war als in fast allen anderen mittel- und westeuropäischen Ländern, nunmehr zu einem der niedrigsten in Europa geworden. Auch andere Treibstoffe, wie Superbenzin, Benzin-Benzol-Alkohol-Gemisch und Erdgas wurden im Laufe des Novembers verbilligt, wenn auch weniger als das inländische Normalbenzin. Die beabsichtigte Senkung des Dieselölpreises steht noch aus.

Die inländischen Holzpreise notieren zwar weiterhin fest, werden sich aber, da die Preise im Ausland sinken, wahrscheinlich abschwächen. Nach dem Preisrückgang auf den deutschen, holländischen und englischen Importmärkten sanken die Holzpreise in Skandinavien; auch in den westlichen Bundesländern gaben sie bereits leicht nach. Nunmehr sind auch die Preise auf dem — für den österreichischen Holzexport besonders wichtigen — Triester Holzmarkt gesunken.

Neben diesen Stabilisierungsmomenten sind jedoch weiterhin Auftriebskräfte wirksam. Ab Jänner 1956 wird der inländische Kokspreis für Gießereien um 10% erhöht, da sich ausländische Kokskohle, die jetzt großteils aus den USA bezogen werden muß, weiter verteuert hat. Unter den Konsumgütern haben

sich in letzter Zeit Schuhe, Haushalt- und Küchengeräte, Beleuchtungskörper usw. etwas verteuert. Hingegen konnte die bereits beschlossene Erhöhung der Ziegelpreise in Wien wieder rückgängig gemacht werden.

Der vom Statistischen Zentralamt berechnete *Großhandelspreisindex* ging von Mitte Oktober bis Mitte November abermals um rund 1% zurück. Die Verbilligung von Rindfleisch und Schweinefleisch ließ den Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel um 1,4% sinken; der Teilindex für Industriestoffe fiel um 0,7%, da Benzin, Wolle, Kautschuk und Kupfer billiger wurden; nur die Preise für Baumwolle, Zinn und Brennholz zogen geringfügig an.

Der *Großhandelspreisindex* lag Mitte November um 1,1% niedriger als im gleichen Vorjahreszeitpunkt. Dieser Rückgang beruht darauf, daß die Verbilligungen von „Nahrungs- und Genußmitteln“ (– 6,3%) die Verteuerungen der „Industriestoffe“ (+ 6,4%) im Gewichtsschema des Gesamtindex leicht überwogen. Vor allem Fleisch, Kartoffeln, Zucker, Wein und Kaffee sind billiger als im Vorjahr, während die Preise von Kautschuk, Nicht-Eisenmetallen, Holz und Steinkohle gestiegen sind.

Der vom Institut berechnete *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem Normalverbrauchsschema für eine Arbeiterfamilie mit 2 Kindern in Wien) stieg von Mitte Oktober bis Mitte November, hauptsächlich unter dem Einfluß der saisonbedingten Verteuerungen einzelner Nahrungsmittel, um 0,9%. Schaltet man die normale Saisonschwankung bei Eiern, Kartoffeln, Obst und Gemüse aus, so reduziert sich die Steigerung auf 0,3%. Äpfel wurden sogar entgegen der Saisonerwartung billiger. Außerdem verbilligten sich Schweinefleisch und Extrawurst um 1,8% und 1,1%. Der Index für die Gruppe „Nahrungsmittel“ stieg um 1,8%, die übrigen Teilindizes blieben unverändert. Gegenüber November 1954 ist der Lebenshaltungskostenindex um 1,7% gestiegen. Seit den gleichen Zeitpunkten der Jahre 1951, 1952 und 1953 betragen die Steigerungen 2,2%, 0,5% und 4,8%.

In den letzten zwei Monaten wurden wieder, sowohl auf betrieblicher, als auch auf gewerkschaftlicher Ebene, Lohnforderungen gestellt, die teils mit der Verteuerung der Lebenshaltung, teils mit der Zunahme der Produktivität und des Sozialproduktes begründet wurden. Um die Lohnbewegung, die zunehmend durch Aktionen in den Betrieben bestimmt wurde, wieder zu vereinheitlichen, gab der Österreichische Gewerkschaftsbund an die Fachgewerkschaften die Parole aus, eine Überbrückungshilfe in Höhe eines Wochenlohnes bzw. eines Viertels des Monats-

bezuges zu fordern. Über diese Forderung wurde in den meisten Branchen und Berufsgruppen in Verhandlungen mit den Fachgewerkschaften bereits Einigung erzielt. In der Privatwirtschaft wird die Sonderzahlung meist erst zwischen dem 28. Dezember 1955 und dem 31. Jänner 1956 geleistet werden, damit zu Weihnachten die Kaufkraftmassierung durch Remunerationen usw. nicht noch verstärkt wird. Die Industrieangestellten erhalten generell ein Viertel Monatsgehalt, für die Handelsangestellten beträgt die Sonderzahlung, je nach Betriebsart und -größe 15 bis 25%. Für die Bundesbediensteten wurde an Stelle der Zahlung von 25% des Monatsgehaltes die einmalige Leistung eines linearen Betrages zugleich mit dem Jännerbezug vereinbart, der allerdings nach dem Familienstand der Bezugsberechtigten gestaffelt wird: Verheiratete Bundesbedienstete erhalten, sofern ihre Gattinnen nicht erwerbstätig sind, S 300,—, alle übrigen S 100,—; überdies für jedes unversorgte Kind S 100,—.

Verschiedentlich wurden auch generelle Lohnerhöhungen vereinbart, wofür zum Teil von den entsprechenden Gruppen — meist solche, die im heurigen Jahr noch keine Lohnsteigerung erhalten haben — auf die Sonderzahlung verzichtet wurde. So wurden in verschiedenen Zweigen der Textil- und Bekleidungsbranche die Lohnsätze um 4% erhöht: in der Schuhindustrie wurde rückwirkend ab 1. Oktober eine 4%ige Erhöhung der Mindestlöhne vereinbart, wobei auch die Effektivlöhne und Akkordverdienste im gleichen absoluten Ausmaße wie die Tariflöhne hinaufgesetzt wurden. Gleichfalls um 4% stiegen ab 31. Oktober die Tariflöhne der Bekleidungsarbeiter und ab 21. November die Löhne in der Textilindustrie. Mit diesen Branchen wurde ein Lohnstop bis zum Jahresende 1956 vereinbart unter der Bedingung, daß die Lebenshaltungskosten inzwischen nicht um mehr als 6% steigen. Auch für verschiedene Gruppen der Nahrungs- und Genußmittelarbeiter wurden die Löhne um 4% erhöht; mit anderen Gruppen wird noch verhandelt. Nur in der Brot- und Milchindustrie wurden die laufenden Lohnforderungen zugunsten der Sonderzahlung zurückgezogen. In der Fettindustrie beträgt die Lohnerhöhung ab Mitte November für Facharbeiter 8%, für Hilfsarbeiter 7%.

Anfang Dezember wurden die Tariflöhne im Bauwesen, die in der Praxis bereits erheblich überschritten wurden, um 9% erhöht; damit wurde gleichzeitig die Sonderzahlung und die für das kommende Jahr vorgesehene Lohnerhöhung abgegolten. Im gleichen Ausmaß stiegen die Löhne im Bauhilfsgewerbe sowie die Löhne der Glaser, Maler und Anstreicher, der

Hafner, Platten- und Fliesenleger, der Dachdecker und Pfisterer und anderer verwandter Gruppen.

Weiters wurden die Löhne erhöht in der Zementindustrie (8%), im Reinigungsgewerbe (7%), im Schlossergewerbe (5%), für industrielle und gewerbliche Kappenmacher (6% und 4%), für Friseure und Kosmetiker (5%).

Ab 1. Oktober wurden die Gehälter der Angestellten in der Papier-, Zellulose- und Holzstoffindustrie um 6% erhöht. Gleichfalls ab 1. Oktober stiegen die Gehälter der Angestellten im Textilgewerbe um 7%, womit diese Gruppe die bereits im Juni erfolgte entsprechende Gehaltserhöhung in den übrigen Gewerbebezügen nachholte. Die Mindestgehälter der Journalisten wurden mit Wirksamkeit ab 1. Dezember um 8% erhöht.

Den Bundesbediensteten wurde zugesagt, daß die Ansätze des neuen Gehaltsgesetzes, die eine weitere Valorisierung der Bezüge bedeuten, ab 1. Februar 1956 zu 85% in Kraft treten werden. Die Höhe der einzelnen Gehaltspositionen steht noch nicht genau fest.

Der Index der *Arbeiter-Netto-Tariflöhne* in Wien stieg im November durch die 4%ige Lohn-erhöhung für die Bekleidungsarbeiter um 0,5%. Er überstieg damit den Stand vom November 1954 um 1,9% (ohne Kinderbeihilfe) bzw. um 1,6% (mit zwei Kinderbeihilfen). In der Steigerung des Tariflohnindex vom November 1954 bis November 1955 sind die Lohnerhöhungen in der Metallindustrie, Brotindustrie, Bekleidungsindustrie sowie in den Brauereien und Molkereien enthalten; die Löhne in der Holzverarbeitenden Industrie sind unverändert geblieben, die vor kurzem beschlossenen Lohnsteigerungen in der Textilindustrie, im Baugewerbe und die neue Lohnerhöhung in den Brauereien werden sich erst im Lohnindex für Dezember auswirken. Die Lohnsteuer wurde zu Jahresbeginn 1955 geringfügig ermäßigt, doch wurde dies durch die Erhöhung des Sozialver-

Entwicklung der im Lohnindex enthaltenen Tariflöhne vom November 1954 bis November 1955

Branche	Prozent	Ab
Brotindustrie und Bäckereien	6	Dezember 1954
Molkereien	4—4,3	Jänner 1955
Brauereien ¹⁾	4	Mai 1955
Metall- Maschinen- und Elektroindustrie	5,4—8,3	Juni 1955
Bekleidungs-gewerbe	4	November 1955
Baugewerbe ¹⁾	unverändert	
Textilindustrie ¹⁾	„	
Holzverarbeitende Industrie ..	„	

¹⁾ Die kürzlich vereinbarten Lohnerhöhungen werden erst im Tariflohnindex für Dezember berücksichtigt. Die jüngsten Lohnsteigerungen im Baugewerbe um 9% sowie in der Textilindustrie und in den Brauereien um je 4% werden den Lohnindex im kommenden Monat um weitere 2,5% erhöhen.

sicherungsbeitrages um 1% ab August 1955 bei weitem überkompensiert.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.10

Die *Zuckerrüben* konnten zum größten Teil bis Ende November geerntet werden; es wurden fast 1,5 Mill. t Rüben geerntet. Mit den Ackerungen blieb die Landwirtschaft heuer im Rückstand. Bei *Raps, Körnermais, Grünfutter und Heu* waren die Ernteergebnisse recht günstig. Der im Vergleich zum Vorjahr um 2.763 t oder 43% größere Mengenertrag an Raps und Rüben — die Anbaufläche war um 19%, der Hektarertrag um 21% höher — blieb nur wenig hinter den guten Ergebnissen der Jahre 1952 und 1953 zurück. An *Körnermais* wurde trotz gutem Hektarertrag (+1%) um 2% weniger eingebracht als im Vorjahr, weil die Anbaufläche um 3% zurückging. Die Heuernte übertraf aber dank günstigen Witterungsverhältnissen sogar die Rekordernte vom Vorjahr, obwohl sich die Fläche um 1% verringerte. Es war dies der höchste Heuertrag, den Österreich je erzielen konnte. Da auch die Qualität befriedigte, verfügt die Landwirtschaft im Winter 1955/56 über eine ausreichende Rauhfutterreserve.

Im III. Quartal wurden 168.341 t *Kunstdünger*¹⁾ (ohne Kalkdünger) bezogen, gegen 134.918 t im gleichen Quartal 1954; in den ersten 9 Monaten 1955 sind 476.656 t abgesetzt worden, gegenüber 464.245 t im Vorjahr. Der Verbrauch an Reinnährstoffen lag im III. Quartal um 95% (N), 11% (P₂O₅) und 10% (K₂O), im ganzen (wertgewogen) um 35% über dem Vorjahresniveau, vom I. bis III. Quartal war er um 12%, 0% und 15%, insgesamt um 8% höher. Da die importierten Kunstdünger teilweise verbilligt an die Landwirtschaft abgegeben werden, steigt mit dem Verbrauch auch der Stützungsaufwand. Im Bundesvoranschlag für das Jahr 1956 sind 120 Mill. S Düngemittelsubventionen vorgesehen, gegen 107 Mill. S und 84 Mill. S in den Jahren 1955 und 1954.

Mit 40.099 t hat die Landwirtschaft im Oktober um 11.489 t oder 40% mehr *Brotgetreide* — 61% mehr Weizen, 14% mehr Roggen — auf den Markt gebracht als im gleichen Monat 1954. Die Marktleistung seit 1. Juli (250.237 t) war heuer bei Weizen um 28%, Roggen um 8%, insgesamt um 20% höher. Dennoch gingen die Vorräte zurück, da im Oktober um 24.386 t (47%) weniger Weizen und Roggen als

¹⁾ Durch ein technisches Versehen wurde im Monatsbericht Heft 8, Jg. 1955 (S. 275) der Verbrauch von Kunstdünger im Wirtschaftsjahr 1953/54 mit 537.623 t angegeben; er betrug jedoch nur 507.164 t.

im Jahr vorher eingeführt wurden. Die Lagerbestände reichten Ende Oktober insgesamt für 90 Tage (99 Tage im Vorjahr).

Bei *Futtergetreide* sowie *Kleie und Futtermehl* konnte die Verknappung dank ausreichenden Importen überwunden werden. Die Einfuhren an Futtermitteln (I.-III. Quartal) lagen mengenmäßig um 84% (Futtergetreide, Hafer, Mais), 154% (Kleie und sonstige Müllereinebenerzeugnisse), 132% (Ölkuchen) und 60% (Fisch- und Fleischmehl) über dem Vorjahresstand, die Vorräte waren Ende Oktober um 194% (ausländisches Futtergetreide), 4% (Kleie usw.) und 29% (Ölkuchen) höher.

Einfuhren und Vorräte an Futtermitteln¹⁾

Futtermittel	Einfuhren		Vorräte	
	1. Jänner bis 30. September 1954	September 1955	Stand 31. Oktober 1954	Oktober 1955 ²⁾
			1.000 t	
Mais, Futtergerste, Hafer.....	209'4	386'2	16'0	47'0
Kleie und Futtermehl.....	31'8	80'8	7'7	8'0
Ölkuchen.....	15'8	36'7	7'8	10'0
Fisch- und Fleischmehl.....	7'8	12'6		

¹⁾ Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft. — ²⁾ Vorläufige Angaben.

Die Marktproduktion an *Milch* liegt knapp über dem Niveau vom Herbst 1954. Sie betrug im Oktober 101.372 t (+2%) und im November nach vorläufigen Schätzungen 84.500 t (+2%). Die Molkereien erzeugten im Oktober 2.200 t Butter (+1%) und 1.174 t Käse (+16%). Da die Abkaltungen bereits stärker eingesetzt haben, wird sich die Produktion von Milch nicht mehr weiter verringern.

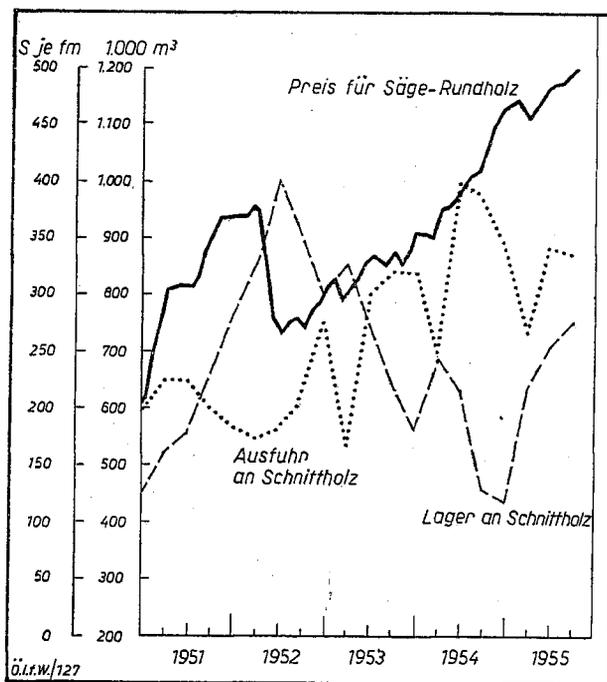
Das Angebot an *Fleisch* auf den Wiener Märkten war im November fast gleich hoch wie im Oktober. Die Großhandelspreise für Schlachtvieh schwächten sich saisonbedingt etwas ab. Im Wochendurchschnitt wurden 2% Schweine und 2% Rinder weniger, jedoch 13% Kälber mehr angeliefert als im Oktober. Da das Inland mehr Schweine (+6%), Rinder (+7%) und Kälber (+11%) als im Vormonat lieferte, konnten die Importe verringert werden. Im Vergleich zu November 1954 wurden mehr Schweine (+3%) und Kälber (+7%), aber weniger Rinder (-3%) angeboten. Die Lieferungen aus dem Inland veränderten sich um +13%, +5%, -9%.

Im III. Quartal wurden nach den Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft 2'16 Mill. fm *Derbholz* geschlägert, um 15% mehr als im III. Quartal 1954. Davon sind 1'87 Mill. fm (+18%) für den Markt und 0'29 Mill. fm (+1%) für den Eigenbedarf bestimmt. Für den Markt wurde mehr Nutzholz (+18%) und mehr Brennholz (+19%) geschlagen. Die Fällung in den ersten 9 Monaten (6'73 Mill. fm) war um 23% höher als im Vorjahr

(Nutzholz +27%, Brennholz +11%). Bis auf Kärnten (-1%) fiel überall mehr Holz an, am meisten — infolge von Windwürfen — in Vorarlberg (+161%), Tirol (+44%) und Salzburg (+36%). Da sich der Eigenbedarf der Waldbesitzer an Holz kaum stark erhöht hat, stehen die Mehrschlägerungen voll dem Markt zur Verfügung. (Die Statistik weist allerdings für den Markt um 25% und für den Eigenbedarf um 17% mehr Holz aus.) Daher müßte sich die Lage auf dem Holzmarkt im kommenden Jahr fühlbar entspannen, außer es würde sich der Bedarf an Holz für das In- und Ausland oder die Lagerhaltung im Ausmaß der Schlägerung erhöhen.

Daß Sägen, Papierindustrie und Holzhandel ihre *Vorräte an Rund- und Schnittholz* noch vermehren werden, ist nach der Verteuerung und Verknappung der Kredite wenig wahrscheinlich, um so weniger, als

Rundholzpreise, Schnittholzlager und Schnittholzausfuhr
(Normaler Maßstab; Sägerundholz: S je fm, media 3a [Steiermark]; Schnittholz: 1.000 m³)



Ende September lagen die Vorräte an Schnittholz um 65% über dem Vorjahresniveau; auch die Lager an Sägerundholz und Schleifholz bei den holzverarbeitenden Industrien waren erheblich höher als im vorigen Herbst. Die Auffüllung der Holzvorräte war einer der Hauptgründe, daß die Forstwirtschaft im Jahre 1955 ihre erhöhten Schlägerungen zu anziehenden Preisen absetzen konnte, wiewohl gleichzeitig die Holzexporte eingeschränkt wurden und das Exportvolumen um 8% zurückging. Der Preisauftrieb auf den internationalen Märkten wirkte in der gleichen Richtung. Die Ausfuhrpreise für Nadel-schnittholz lagen in den ersten neun Monaten um 18%, die Inlandspreise für Sägerundholz und Nadel-schnittholz um 20% über dem Durchschnitt von 1954.

die Lager bereits Ende September um 35% (Sägerundholz), 29% (Schleifholz) und 65% (Schnittholz) über dem Vorjahresniveau lagen. Die aus den Schlägerungen von 1955 stammenden, aber noch nicht verkauften Vorräte an Nutzholz in den Forsten waren demgegenüber nur um 4% größer und die an Brennholz sogar um 23% kleiner als im vorigen Herbst. Es überraschte zunächst allgemein, daß die Mehrschlägerung trotz der Exportbeschränkung zu leicht anziehenden Preisen Käufer fand. Doch mußten die Vorräte an Schnittholz und Schleifholz, die im Jahre 1954 stark aufgezehrt worden waren, wieder ergänzt werden. Das erklärt auch, warum die Waldbesitzer ihre Schlägerungen ungeachtet der Erschwerung der Holzexporte noch erweitern konnten, ohne an den Preisen einzubüßen.

Holzvorräte und Holzverschnitt¹⁾
(Stand Ende September)

Art	1952	1953 1.000 fm ohne Rinde	1954	1955
Verschnitt von Sägerundholz (I.—III. Quartal)	4.519'6	4.534'8	5.329'5	5.784'4
Rundholzlager der Sägewerke ²⁾ ..	1.114'3	920'9	971'3	1.307'4
Nutzholzlager beim Waldbesitz ³⁾	1.297'3	1.225'7	1.189'7	1.231'9
Brennholzlager beim Waldbesitz ³⁾	249'9	128'7	218'4	169'2
Schnittholzlager bei Sägen und Holzhandel (1.000m ³)	908'9	645'6	454'0	747'9

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft und des Bundesholzwirtschaftsrates. — ²⁾ Werks- und Waldlager. — ³⁾ Noch nicht verkaufte Vorräte aus den Schlägerungen der ersten drei Quartale.

Im Jahre 1956 wird sich andererseits auch der Verbrauch von Holz im Inland nicht mehr erhöhen, da die Kapazitäten von Papierindustrie und Bergbau weitgehend ausgelastet sind und die Bautätigkeit kaum noch gesteigert werden kann. Daher wird der Holzmarkt im kommenden Jahre stärker als heuer von der Holzexporte abhängig sein. Da sich der Weltmarkt stabilisiert hat, würde eine fühlbare Beschränkung des österreichischen Schnittholzes voraussichtlich auf die Inlandspreise für Sägerundholz empfindlich drücken.

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Die Versorgung mit elektrischer Energie, Kohle und flüssigen Brenn- und Treibstoffen funktioniert trotz des ständig wachsenden Bedarfes ohne Störung. Selbst Kohle, die in Europa knapp geworden ist — sogar kohlenreiche Länder drosseln ihre Exporte oder müssen Kohle importieren —, konnte bisher ausreichend aus den USA beschafft werden. Die Versorgung der heimischen Wirtschaft wird allerdings dadurch erleichtert, daß der Kohlenbedarf weit weniger stark zugenommen hat, als man auf Grund der allgemeinen

Wirtschaftsexpansion hätte annehmen dürfen. Im III. Quartal 1955 wurde zum Beispiel nur knapp soviel Kohle importiert wie im Vorjahre, obwohl die Produktion in der Industrie, die Verkehrsleistungen der Eisenbahnen, die Stromerzeugung der Kraftwerke, die Konsumausgaben der Haushalte usw. beträchtlich zugenommen haben.

Den Grund für das relative Zurückbleiben des Kohlenverbrauches bilden strukturelle Umschichtungen der Nachfrage zu anderen Energieträgern, vor allem zu Elektrizität und Erdöl. Der Importbedarf wurde schließlich auch dadurch verringert, daß die inländische Kohlenförderung bis vor kurzem rascher zunahm als der Gesamtverbrauch.

Derzeit hat zwar der inländische Braunkohlenbergbau seine Leistungsgrenze annähernd erreicht und er kann die Kohlenversorgung kaum mehr entlasten. Dafür gewinnen Erdöl und Erdgas immer größere Bedeutung. Sie können in Zukunft stärker als bisher den Kohlenmarkt entlasten, wie das in allen Ländern eintrat, deren Erdölförderung über den eigenen Bedarf hinausgeht. Vor allem wird die bessere Nutzung der Erdgasvorkommen unmittelbar Kohle sparen, und zwar durch Verwendung als Brennstoff in Haushalten, Industrie und Dampfkraftwerken. Im Oktober wurden 71 Mill. m³ Erdgas gefördert, die etwa dem Heizwert von 140.000 t Steinkohle mittlerer Qualität entsprechen, einem Drittel der gesamten Kohleneinfuhr oder halb so viel wie die gesamte inländische Kohlenförderung. Gerade die Erdgasförderung ist noch stark ausbaufähig, wenn auch nicht einmal die jetzt anfallenden Mengen zweckmäßig genutzt werden.

Die Erdölförderung war im Oktober mit 313.600 t wieder etwas größer als im Vormonat. Die Ablieferungen werden reibungslos abgewickelt und beeinträchtigen die heimischen Raffinerien nicht. Diese kommen vielmehr durch die hohen Importe ausländischer Erdölprodukte, vor allem von Benzin, immer mehr in Schwierigkeiten. Die Lager sind überfüllt und hemmen die Produktion in den Verarbeitungsbetrieben.

Durch die radikale Verbilligung von Fahrbenzin von S 3'70 auf S 3'10 je Liter ab Tankstelle hoffte man die ausländische Konkurrenz endgültig auszuschalten, da zu diesem Preis Benzin nicht mehr kostendeckend importiert werden kann. Allem Anschein nach gehen die Importe aber vorläufig weiter. Falls es sich nicht um Restmengen aus laufenden Kontrakten handelt, sondern die hohe Einfuhr zu Dumpingpreisen anhält, dürften die heimischen Firmen kaum mehr mit weiteren Preissenkungen antworten können, es sei denn, man überwälzt die dann entstehenden Verluste beim

Benzinabsatz auf andere Erdölprodukte, welche von der Importkonkurrenz nicht betroffen sind. Derzeit ist der österreichische Raffinerieabgabepreis für Fahrbenzin mit 65 Groschen je Liter geringfügig niedriger als der Ausfuhrpreis von amerikanischen Golfhäfen. Im III. Quartal 1955 kostete Importbenzin frei österreichische Grenze (lt. Einfuhrstatistik) S 1'16. Am gesamten Inlandsabsatz von 85.435 t (III. Quartal) betrug der Anteil der 36.369 t Importbenzin 43%.

Im Oktober ist der Benzinabsatz saisonüblich zurückgegangen; mit 21.220 t war er aber noch immer um 26% höher als im gleichen Monat des Vorjahres; Dieselöl wurde um 20% mehr und Heizöl etwa gleich viel verkauft.

Der inländische Braunkohlenbergbau hat im Oktober erstmals in diesem Jahr die Vorjahresleistung nicht erreicht. Die arbeitstägige Förderung war mit 22.051 t um 3% geringer als im Oktober 1954.

Das Schwergewicht der Kohleneinfuhr liegt, seit die Lieferungen aus dem Ruhrgebiet einschneidend zurückgegangen sind, auf den Bezügen aus den USA. Auch im Oktober kamen annähernd 40% der Steinkohle aus Amerika und nur 20% aus Westdeutschland. Polen lieferte 26% und der Rest kam in kleineren Mengen hauptsächlich aus dem Saargebiet und der Tschechoslowakei.

Insgesamt standen der österreichischen Wirtschaft im Oktober aus Inlandslieferungen und Importen 718.954 t Kohle (SKB) zur Verfügung, um 8% mehr als im September und um 1% mehr als im Oktober des Vorjahres. Außer den Eisenbahnen haben alle Verbrauchergruppen etwas mehr Kohle bezogen als in den beiden Vergleichsmonaten.

Die Stromerzeugung für die öffentliche Elektrizitätsversorgung litt im Oktober unter der ungewöhnlich niedrigen Wasserführung der Flüsse. Die Erzeugung der Wasserkraftwerke blieb mit 468 Mill. kWh um 11% unter dem Vorjahre und um 12% unter dem Regeljahr. Deshalb mußten die Dampfkraftwerke verstärkt eingesetzt werden und 198 Mill. kWh, um 51% mehr als im Oktober 1954, erzeugen. Trotz ihrer hohen Beanspruchung konnten die Dampfkraftwerke überwiegend inländische Brennstoffe verwenden. 62 Mill. kWh wurden aus Erdgas und 100 Mill. kWh aus inländischer Braunkohle erzeugt.

Die Kohlenvorräte der Dampfkraftwerke gingen gegenüber September um rd. 12.000 t (SKB) zurück, weil die laufenden Anlieferungen mit dem Verbrauch nicht Schritt halten konnten. Ende Oktober verfügten die Kraftwerke über Vorräte von 207.000 t Kohle (SKB) und 21.000 t Heizöl.

Der Ausfall an Wasserkraftenergie ließ die Stromausfuhr fast auf die Hälfte des Vormonates und auf zwei Drittel des Vorjahres zurückgehen. Gleichzeitig wurde die Einfuhr auf 61 Mill. kWh (fast 10% des Inlandsverbrauches) gesteigert. Sie war damit sechsmal so hoch wie im Vorjahr und höher als jemals zuvor.

Die inländischen Verbraucher bezogen 648 Mill. kWh, das sind um 15% mehr als im Oktober 1954. Etwa ein Drittel des Verbrauchszuwachses entfällt auf das Aluminiumwerk Ranshofen.

Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.27

Auch in der Herbstsaison erfreuen sich die Investitionsgüterindustrien stärkerer Auftriebskräfte als die Konsumgüterbranchen, nur wirken sie sich wegen der Engpässe in Kapazität, Material oder Arbeitskräften in der Produktion nicht mehr voll aus. Die heimische Nachfrage nach Konsumgütern hat zwar seit dem Vorjahre ebenfalls stark zugenommen, gilt jedoch in erster Linie den technischen, dauerhaften Konsumgütern, deren Erzeugung sich noch bis vor wenigen Jahren, wegen der schmalen heimischen Absatzbasis, nur schwach entwickeln konnte. Bis zum Beginn der Liberalisierung im Frühjahr 1954 hat sie den nur langsam zunehmenden Bedarf ohne weiteres gedeckt und die ausländische Konkurrenz war praktisch ausgeschaltet. Darin ist ein starker Wandel eingetreten. Gleichzeitig nahm die Nachfrage stark zu, weil sich mit steigendem Lebensstandard und nach teilweiser Befriedigung des aufgestauten Bedarfes ein immer größerer Teil des zusätzlichen privaten Konsums auf dauerhafte Konsumgüter ausdehnt. Der rasch wachsende Absatz hätte es den Betrieben ermöglicht, ihre Produktion zu rationalisieren und allmählich dem ausländischen Standard anzupassen. Die Liberalisierung aber hat sie, ehe der Modernisierungsprozeß noch richtig begonnen hatte, der überlegenen internationalen Konkurrenz ausgesetzt. Kapitalkräftige Großbetriebe, die neben ihrem umfassenden Produktionsprogramm (meistens Investitionsgüter) auch Konsumgüter herstellten, konnten der scharfen ausländischen Konkurrenz standhalten und die Erzeugung manchmal sogar steigern. Kleinere Betriebe jedoch gerieten vielfach in Schwierigkeiten und mußten sich teilweise sogar auf andere Waren umstellen.

Auch bei den „traditionellen“ Konsumgütern, hauptsächlich Textilien, kam ein beträchtlicher Teil des konjunkturellen Nachfragezuwachses den Importen zugute, was die Expansion in der inländischen Industrie stark dämpfte. Von Jänner bis September

1955 wurden wertmäßig um 73% mehr Textilfertigwaren importiert als im Vorjahr. Die inländische Produktion stieg gleichzeitig nur um 5%. Annähernd die Hälfte des Nachfragezuwachses wurde durch Importe gedeckt.

Die Investitionsgüterindustrien, die im allgemeinen international leistungsfähiger sind, haben unter der Importkonkurrenz weniger zu leiden. Außerdem finden sie vielfach noch im Auslande genügend aufnahmefähige Märkte.

Der Auftrieb der Herbstsaison im September war stärker als saisonüblich. Der saisonbereinigte Produktionsindex stieg um fast 3% auf 225 (1937=100) und markierte damit einen neuen Höchststand. Bis Jahresende wird die Produktion kaum übersaisonnäßig hoch bleiben, weil einige wichtige Branchen ihre Erzeugung nicht mehr in dem sonst üblichen Umfang ausweiten können.

Wiewohl die Nachfrage des Inlandes entscheidend die Expansion der Industrieproduktion förderte, wurden neuerdings auch vom Export her wieder Auftriebskräfte wirksam. Das Exportvolumen, das im I. und II. Quartal 1955 nur um je 8% höher war als in den entsprechenden Vorjahresquartalen, nahm seither wieder stärker zu und war im III. Quartal um 14% höher als im Vorjahr. Im Oktober lag der neue Rekordstand um 25% höher als vor einem Jahr. Da das Exportvolumen seit Jahresmitte rascher zunimmt als die Industrieproduktion, steigt auch die Exportquote (Exporte in Prozenten der Produktion), die seit dem Höchststand zu Anfang 1954 allmählich abgenommen hatte. Bisher hat aber diese neuerliche Ausweitung der Exportquote den heimischen Markt noch nicht merkbar beeinflusst und außer Eisenwalzware sind die meisten wichtigen Rohstoffe und Fertigwaren noch zu erträglichen Lieferfristen erhältlich.

Die Bergbauproduktion nähert sich allmählich dem Vorjahresniveau. Im I. Quartal war sie noch um 8%, im Durchschnitt der letzten drei Monate (August bis Oktober) nur noch um 1,5% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Im Oktober aber sank die arbeitstägige Produktion erstmals seit dem Konjunkturaufschwung unter den Vorjahresstand. Die Expansionsmöglichkeiten sind zumindest in den wichtigen Bergbauzweigen erschöpft. Kurzfristige Produktionsstörungen, wie sie aus technischen oder Witterungsgründen immer wieder vorkommen, werden nicht mehr durch den Aufwärtstrend abgeschwächt. Auch der Produktivitätszuwachs — seit vier Jahren wurde die Produktion bei gleichbleibender Beschäftigung um 28% ausgeweitet — hat sich stark verlangsamt, weil die Produktivitätsreserven aufgebraucht sind. Im III. Quartal 1955 war die Produktivität im Bergbau

(Produktion je Beschäftigten) nur noch um 1,8% höher als im Vorjahr.

Nur in der *Magnesit*industrie hält der durch die internationale Stahlkonjunktur begünstigte steile Produktionsanstieg ununterbrochen an. Da die Lagerstätten groß genug sind und man außerdem rechtzeitig die Verarbeitungsanlagen vergrößerte, kann die Konjunktur voll ausgenutzt werden.

In der *eisenschaffenden* Industrie erreichte die Walzwarenerzeugung im September einen neuen Rekordstand. Angesichts der praktisch unbegrenzten Absatzmöglichkeiten im In- und Auslande versuchen die Erzeugerwerke alles, um mit den vorhandenen, schon seit langem vollbeschäftigten Anlagen, doch immer wieder mehr zu produzieren. Obwohl keine neuen Kapazitäten zugewachsen sind, wurden im III. Quartal 1955 um 5% und 3% mehr Rohstahl und um 7% und 16% mehr Walzware erzeugt als im I. Quartal 1955 und im III. Quartal des Vorjahres. Nur die Roheisenerzeugung blieb annähernd auf gleicher Höhe. Sie wird erst Anfang des nächsten Jahres, wenn der neue große Hochofen in Donawitz fertig ist, stärker zunehmen.

Die heimische *Erz*basis reicht schon seit langem nicht mehr aus, die Roheisenerzeugung zu decken. Schon im Vorjahre mußten zu den 2,7 Mill. t inländischen Erzen (exportiert wurden nur 45.000 t) 255.000 t Eisenerze und 334.000 t Schwefelkiesabbrände importiert werden. Mehr als ein Drittel des inländischen Roheisens wird aus ausländischen Erzen erzeugt; ungefähr ein Viertel der Roheisenerzeugung wird exportiert.

Auf dem Inlandsmarkt nehmen die Auftragsbestände der Kommerzeisenwerke nach wie vor stark zu, weil laufend weit mehr Aufträge eingehen, als ausgeliefert werden können. Sie sind gegenwärtig um 50% höher als während der Koreaause. Wenn der Walzwarenmangel auch vielfach die Produktion in den verarbeitenden Zweigen behindert und manche Sparten lohnende Absatzchancen im Export nicht wahrnehmen können, so sind doch bisher die befürchteten stärkeren Rückwirkungen auf die Produktion ausgeblieben. Im großen und ganzen konnten alle nachgelagerten Industrien, wie etwa die Maschinen-, Eisenwaren-, Fahrzeug- und Elektroindustrie ihre Erzeugung auch in der letzten Zeit noch ausdehnen. Allem Anschein nach haben „Sicherheitsbestellungen“ die Auftragslage bei den Kommerzeisenwerken noch mehr verzerrt, als man allgemein schon annahm. Außerdem dürften auch die Vorräte bei den Verarbeitern unterschätzt worden sein.

Auch auf dem *internationalen* Eisen- und Stahlmarkt zeigen sich bisher keine Anzeichen einer Ent-

spannung. Im Gegenteil, die Brüsseler Exportkonvention mußte sogar, entgegen ihren Verlautbarungen, daß sie die Exportnotierungen bis Jahresende nicht mehr erhöhen würde, der Preisentwicklung doch folgen und per 1. Dezember die Mindestpreise einiger besonders begehrter Walzwaren erhöhen, weil z. B. die Mindestpreise für Schiffbaumaterial schon um 20\$ bis 30\$ pro Tonne überzahlt worden waren. Die Hausse wird durch die bevorstehende Preiserhöhung in den Vereinigten Staaten und durch die neuesten Exportbeschränkungen in Japan noch verstärkt. Nur die Nachfrage nach Feinblech kann gedeckt werden. Man erwartet in absehbarer Zeit sogar ein Überangebot und sinkende Preise. Die Kapazität der Feinblecherzeugung, die in ganz Europa unter den Kriegseinwirkungen besonders stark gelitten hatte und noch bis vor kurzer Zeit einen strukturellen Engpaß in der europäischen Stahlindustrie bildete, wurde in den letzten Jahren durch zahlreiche Breitbandstraßen besonders stark ausgebaut, so daß allmählich eine Kapazität entstanden ist, die selbst in der gegenwärtigen Hochkonjunktur nicht ganz ausgenutzt werden kann.

In der *Metallindustrie* sind die Betriebe voll ausgelastet. Die Blei-, Kupfer- und Aluminiumerzeugung war etwa gleich groß wie in den Vormonaten und geringfügig höher als im Vorjahre. Im September hat die neue Zinkelektrolyse den Betrieb aufgenommen. Bisher wurden die im Inlande gewonnenen Zinkerze im Ausland verhüttet. Die Anlage wird den inländischen Bedarf per Saldo decken können, während bisher jährlich rund 8.000 t Zink um rund 50 Mill. S importiert wurden.

Von Jänner bis September produzierten die Metallhütten dank besserer Stromversorgung der Aluminiumhütten im I. Quartal um 11% mehr als im Vorjahr.

In der *Gießereiindustrie* verläuft die Herbstsaison, auf etwas höherem Niveau, so wie im Vorjahr. Die Auftriebskräfte haben erheblich nachgelassen. Im III. Quartal betrug der Produktionsvorsprung gegenüber dem Vorjahr nur noch 9% gegen 30% im I. Quartal und 17% im II. Quartal. Am besten entwickelt sich noch immer die Erzeugung von Grauguß, die auch im III. Quartal noch um 13% höher war als zur gleichen Zeit des Vorjahres, während die Produktion in einigen anderen Sparten sogar etwas darunter lag.

Während der saisonmäßige Rückgang der *Fahrzeugproduktion* im Vorjahr durch den starken Nachfragezuwachs überlagert wurde, wirkt sich die schwache Saison heuer deutlich aus. Auf dem Kraftfahrzeugmarkt ist die Nachfrage zwar noch immer weit höher als jemals zuvor, der ausgeprägtere Saison-

verlauf im heurigen Herbst deutet aber an, daß die Nachfrage nicht mehr oder nur noch weniger als bisher zunimmt. Die Verteuerung der Einfuhr von Gebrauchtwagen durch höhere Zölle (amtliche Zollmindestpreise für Gebrauchtwagen, gestaffelt nach Erzeugungsjahren), die vor allem Wagen betrifft, die älter als drei bis vier Jahre sind, wird die Nachfrage in jener Käuferschicht schmälern, die erst seit der Einführung des Wertzollens (und damit der entscheidenden Verbilligung der Gebrauchtwagen) an die Anschaffung eines eigenen Fahrzeuges denken konnten. Da aber Gebrauchtwagen der betroffenen Altersklassen maximal nur halb so viel kosten wie Neuwagen der gleichen Type (eher noch weniger), kommt für die betroffenen Käuferschichten ein Ausweichen auf Neuwagen kaum in Frage. Die stürmische Entwicklung der Motorisierung wird daher nicht nur deshalb schwächer werden, weil der Stoßbedarf allmählich gedeckt ist, sondern auch, weil die kaufkräftige Nachfrage nach billigen Gebrauchtwagen eingeengt wird.

Im Durchschnitt Jänner bis September produzierte die Fahrzeugindustrie heuer um 43% mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres, und zwar um 36% mehr Lastwagen, 70% mehr Traktoren und 16% mehr Motorräder. Die Zahl der assemblierten Personenwagen stieg von 3.000 auf 8.000 Stück.

Auch die Erzeugung von Zubehör und Bestandteilen macht gute Fortschritte und setzt sich auch im Export gegen starke ausländische Konkurrenz durch. So z. B. werden Brems- und Kupplungsbeläge an große ausländische Fahrzeugfirmen geliefert. Prüfstände für Autoelektrik werden wegen ihrer Qualität aus Europa und Übersee bestellt und sind nur mit längeren Lieferfristen zu haben. Ein Unternehmen hat sich auf Fahrradgangschaltungen spezialisiert und behauptet sich bereits gegen die schwere Konkurrenz der führenden italienischen und französischen Firmen.

In der *Maschinenindustrie* hat die Produktion im September einen neuen Rekord erreicht, weil sich die Firmen bemühen, die befristeten Aufträge soweit wie möglich doch noch vor Jahresende auszuliefern. Da vorläufig noch ungewiß ist, ob die Investitionsbegünstigung (vorzeitige Abschreibung von neu angeschafften Anlagegütern) für das nächste Jahr verlängert wird, sind die Besteller an rechtzeitiger Lieferung besonders interessiert.

Der Termindruck, unter dem die investierenden Unternehmen stehen, erschwert optimale Investitionen. Die meisten Firmen können immer erst in der zweiten Jahreshälfte ihre voraussichtliche Ertragslage abschätzen und dementsprechend Investitionsgüter bestellen. Vielfach müssen sie dann, falls die zum An-

kauf vorgesehenen Güter nicht bis Jahresende geliefert werden können, auf andere entbehrlichere Waren ausweichen, d. h. ihr Investitionsprogramm ändern. Sind die nachgefragten Güter liberalisiert und im Auslande kurzfristiger zu haben, wird die Nachfrage, selbst wenn die Kosten höher sind oder die Qualität nicht ganz entspricht, auf Importe umgelegt, während die heimische Industrie nur im 2. Halbjahr vollbeschäftigt ist, im 1. Halbjahr aber die Bestellungen ohne weiteres ausführen könnte.

Die Maschinenindustrie klagt darüber, daß sie im Laufe des letzten Jahres zahlreiche Kostenverteuerungen (Löhne, importierte Vormaterialien) in Kauf nehmen mußte, die sie zumeist wegen der Importkonkurrenz nicht weiterwälzen konnte. Die Finanzkraft der Betriebe werde außerdem bei Waren, die im Handel abgesetzt werden, dadurch sehr beansprucht, daß die kapitalschwachen Händler keine Lager halten oder Ware nur in Kommission übernehmen. Im Exportgeschäft könnten die heimischen Firmen mit den von der ausländischen Konkurrenz in vielen Fällen eingeräumten langen Zahlungszielen meist nicht mithalten. Schließlich gefährde die Schmälerung der Erträge die eigenen Investitionen, die zur Sicherung und Aufrechterhaltung der in den letzten Jahren erungenen Wettbewerbsfähigkeit laufend notwendig seien.

Trotz Mangel an Walzware und Arbeitskräften produzierte die Maschinenindustrie von Jänner bis September um 18% mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Wahrscheinlich wird die Erzeugung auch im letzten Quartal die des Vorjahres beträchtlich übersteigen.

Besonders günstig hat sich die *Landmaschinenindustrie* entwickelt, die heuer um 30% mehr produzierte als im Vorjahr. Dank ausreichender Kapazität konnte die Mechanisierung der österreichischen Landwirtschaft seit Kriegsende gewaltige Fortschritte machen. Das inländische Maschinenangebot hat bisher, außer bei einigen Spezialmaschinen, genügt, die hohe Nachfrage der Landwirtschaft zu decken. Die Betriebe sind im großen und ganzen so leistungsfähig, daß der Marktanteil der heimischen Produktion auch seit der Liberalisierung kaum gesunken ist. Im Export gingen die früheren Absatzgebiete in den Ost- und Südoststaaten verloren; dafür wurden dank der gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit neue Märkte in Westeuropa und z. T. sogar in Übersee erschlossen.

Auch in der *Eisenwaren- und Metallwarenindustrie* ist die Konjunkturlage im großen und ganzen noch immer ungewöhnlich günstig. So z. B. hat die Ofenindustrie, die im Vorjahr gegen Jahresende ausverkauft war, heuer bisher (Jänner bis September) um

34% mehr produziert und kann trotzdem der Nachfrage, vor allem nach Qualitätsöfen, kaum folgen. Petroleumöfen, die im Inlande nur wenig gekauft werden, werden zum größten Teil exportiert. Wegen der hervorragenden Qualität der Erzeugnisse wird sogar in Länder geliefert, die eine eigene leistungsfähige Erzeugung haben, wie z. B. nach England. Feuerzeuge gehören ebenfalls zu den typischen Exportartikeln der Metallwarenindustrie und werden auf der ganzen Welt abgesetzt. Der hohe Absatz und die Beschränkung der Erzeugung auf wenige Typen erlaubt die Produktion großer Serien zu sinkenden Kosten, wodurch die scharfe Konkurrenz auf dem Weltmarkt überflügelt werden konnte.

In der *Elektroindustrie* hat die Herbstsaison heuer stärker eingesetzt als im Vorjahr. Die Produktion erreichte mit 280 (1937=100) einen neuen Höhepunkt. Von Jänner bis September war der Produktionsindex um 21% höher als im Jahre 1954. Der Aufschwung wirkte sich vor allem in der *Starkstromindustrie* aus, während die konsumorientierten Branchen, vielfach wegen der ausländischen Konkurrenz, allgemein schwächer reagierten und teilweise sogar Einbußen erlitten. Eine Ausnahme bildet die *Glühlampenindustrie*, die um 30% mehr produzierte. Dagegen war die Produktion im III. Quartal in der *Radioindustrie* nur wenig höher, bei elektrischen *Herden*, *Speichern* und *Kühlschränken* sogar niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Besonders stark leidet die Kühlkörperzeugung unter der überlegenen Importkonkurrenz.

Die *Baustoffproduktion* ist im September rascher zurückgegangen als in normalen Jahren, weil die witterungsabhängigen Sparten durch das feuchte Spätsommerwetter stark beeinträchtigt wurden. Die Saisonbetriebe mußten verhältnismäßig früh mit der Erzeugung aufhören. Später besserte sich das Wetter, so daß die Bautätigkeit weiter auf vollen Touren laufen konnte. Die Baustoffvorräte bei den Betrieben wurden fast durchwegs abverkauft und die Lager auf den Baustellen aufgebraucht. Falls die öffentliche Bautätigkeit nicht stärker eingeschränkt wird, kann der Start der Bausaison im nächsten Frühjahr durch Materialmangel ziemlich beeinträchtigt werden.

Von Jänner bis September produzierte die Baustoffindustrie um 12% mehr Mauerziegel, 16% mehr Zement, 16% mehr Kalk und 19% mehr Leichtbauplatten als im Vorjahr. Der Gesamtindex der Baustoffproduktion war in der gleichen Zeit um 14% höher. Die Bauwirtschaft dürfte aber noch erheblich mehr Baustoffe verbaut haben als i. J. 1954, weil die Lagerbestände auf allen Stufen (Erzeuger, Handel,

Baustellen) im Laufe des Jahres stark reduziert worden sind.

In der *chemischen* Industrie sind die Betriebe der Grundchemie durchwegs voll ausgelastet, aber auch in allen anderen Sparten ist die Nachfrage, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ungewöhnlich hoch. Die Produktion liegt nach wie vor beträchtlich über der des Vorjahres, und zwar von Jänner bis September um durchschnittlich 13%, im September um 8%.

Auch auf dem *Papiermarkt* hält die In- und Auslandskonjunktur unverändert an. Trotz guten Zukunftsaussichten sieht die Papierindustrie von weiteren Breiteninvestitionen ab, weil die Rohstoffgrundlagen kaum mehr nennenswerte Produktionssteigerungen zulassen. Holzimporte zur Ergänzung der eigenen Rohstoffbasis kämen auf die Dauer viel zu teuer.

Während im Vorjahre allgemein über Holzmann gel klagt wurde, konnten die Betriebe heuer mehr Schleifholz beziehen, als sie für die laufende Produktion benötigt hätten. Derzeit verfügt die Papierindustrie wieder über Holzlager, die fast für ein Jahr reichen.

Seit längerer Zeit bemüht man sich, Pappelkulturen in Österreich zu intensivieren. Da Pappeln viel schneller wachsen als Nadelbäume und ihr Holz sich gut zur Beimischung bei verschiedenen Papiersorten eignet, versucht man damit die Rohstoffdecke zu vergrößern. Schließlich wurden auch Anlagen errichtet, in denen Abfallholz, das bisher nicht zur Papierherzeugung verwendet werden konnte, mit verarbeitet werden kann.

In den zehn Monaten 1955, für die bisher Daten vorliegen, war der Produktionsindex um 9% höher als im Vorjahr.

Die Produktion der *Leder- und Schuhindustrie* erreichte im September mit 129 (1937=100) den bisher höchsten Stand. Mit über 650.000 Paar Lederschuhen erzielte auch die Schuhindustrie einen neuen Rekord. Die Nachfrage nach Schuhen ist im Herbstgeschäft ungewöhnlich rege und man erwartet weit höhere Verkäufe als im Vorjahr. Von Jänner bis September produzierte die Leder- und Schuhindustrie um 13% mehr als im Vorjahr.

Nach wie vor bleibt die Expansion der *Textilindustrie* hinter der in anderen Industrien weit zurück. Das ist eine internationale Erscheinung. Der Index lag in den ersten neun Monaten nur um 5% höher als im Vorjahr. Die Einfuhr von Textilfertigwaren hat gleichzeitig um 73% zugenommen. Im Export gelingt es der Baumwollindustrie nur mühsam, ihre Position zu behaupten. Das Schwergewicht

hat sich wieder stärker von Zellwolle zu Baumwolle verlagert.

Ungewöhnlich günstig ist nach wie vor der Export der *Stickereiindustrie*, die derzeit 95% ihrer Erzeugung ausführt. Hauptabnehmer ist Westdeutschland, wo sich die österreichische Ware wegen ihrer Qualität und der günstigen Preise gegenüber der sehr leistungsfähigen sächsischen und schweizerischen Konkurrenz durchgesetzt hat.

Umsätze und Verbrauch

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Nach zögerndem Beginn im September setzte im Oktober das Herbstgeschäft des Einzelhandels voll ein. Die Umsätze nahmen saisongemäß um 12% zu, konnten aber die Ausfälle des Vormonates nicht mehr wettmachen: im Durchschnitt der Monate September und Oktober erhöhten sich die Umsätze gegenüber August um 8%, während sie in den Normaljahren 1952 und 1953 um durchschnittlich 11% gestiegen waren. Die Mengenumsätze des Vorjahres wurden um etwa 10% übertroffen (im August und September um 14%).

Sieht man von dem vorübergehenden, durch Währungsgerüchte ausgelösten Anstieg im III. Quartal und von einzelnen Saisonverschiebungen ab, so lag das Umsatzvolumen des Einzelhandels seit Anfang des Jahres ständig um etwa 9 bis 10% über dem Vorjahr. Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen ist dadurch der Konjunkturanstieg im Einzelhandel noch immer gleich stark wie im Jahre 1954.

Mengenumsätze des Einzelhandels¹⁾

Zeit	1953	1954	1955	1955 in % von	
				1953	1954
	Ø 1948 = 100				
I. Quartal	112'0	117'2	128'5	114'7	109'6
II. Quartal	126'8	139'7	152'6	120'4	109'3
III. Quartal	130'1	139'7	156'7	120'4	112'2
Oktober	146'2	161'5	178'5	122'1	110'5

¹⁾ Schätzung. Berechnet durch gruppenweise Ausschaltung der Preisveränderungen mit dem Lebenshaltungskostenindex des Instituts (mit einigen Adaptierungen).

Die einzelnen Betriebsformen und Branchenschnitten im Oktober sehr unterschiedlich ab. In den Warenhäusern nahmen die Umsätze übersaisonnäßig zu (+ 56% gegen + 28% im Durchschnitt der Jahre 1952 und 1953), vor allem weil sich die Verkäufe von Textilien, die im Sortiment dieser Betriebe eine große Rolle spielen, außergewöhnlich belebten. Die Umsätze des Vorjahres wurden ebenso wie in den günstigen Sommermonaten um 24% überschritten (im September nur um 19%). Die Konsumgenossenschaften konnten dagegen ihre Umsätze nur etwa im sai-

sonüblichen Umfang erhöhen (+ 14%). Die Umsätze des Vorjahres wurden um 13% überschritten.

Der Geschäftsgang des Einzelhandels mit Textilien und Bekleidung hat die Saisonerwartungen übertroffen, da vielfach die im September wegen der günstigen Witterung aufgeschobenen Käufe von Herbst- und Winterbekleidung nachgeholt wurden. In Wien wurden die Umsätze in der Inneren Stadt auch von der Eröffnung des Burgtheaters und der Oper belebt. Die Umsätze von *Textilien* nahmen um 66% zu, während saisongemäß nur mit einer Steigerung von etwa 40% zu rechnen war. Obwohl der Textilabsatz auch im Vorjahr außergewöhnlich lebhaft war, wurden die Umsätze des Vorjahres wert- und mengenmäßig um 25% übertroffen (im Juli und August nur um durchschnittlich 19%). Gegenüber September hat sich vor allem die Nachfrage nach Oberbekleidung belebt, gegenüber Oktober 1954 hauptsächlich die nach Meterware. Die Verkäufe von *Schuhen*, die saisongemäß nur um etwa 30% steigen sollten, nahmen um 38% zu und waren wert- und mengenmäßig um 15% höher als im Vorjahr (im III. Quartal nur um durchschnittlich 12%). Dieser lebhaftere Absatz und vielfach auch erwartete Preissteigerungen, besonders bei den besseren Qualitäten, veranlaßten den Handel zu erheblich größeren Einkäufen und Bestellungen als im Vorjahr. Vielfach macht allerdings auch die wachsende Nachfrage nach modischen Schuhen und hochwertigen Qualitäten ein reichhaltiges und damit größeres Lager nötig, das besonders die Kleinbetriebe finanziell belastet.

Die unter „*Sonstiges*“ zusammengefaßten Branchen schnitten im Oktober ebenfalls besser ab, als saisongemäß zu erwarten war. Die Umsätze stiegen im Durchschnitt um 5%, während sie in den Jahren 1952 und 1953, in denen die Saisonschwankung normaler war, um 4% abgenommen hatten, und waren mengenmäßig um 15% höher als im Vorjahr (im III. Quartal aber um 22%).

In allen anderen erfaßten Branchen hat der Geschäftsgang die Saisonerwartungen nicht ganz erfüllt. Die Verkäufe von *Möbeln*, *Teppichen*, *Gardinen*, die im Durchschnitt der letzten vier Jahre im Oktober um 14% gestiegen waren (in den Jahren 1952 und 1953 um 12%), nahmen heuer nur um 7% zu. Dennoch waren sie wertmäßig um 21% und mengenmäßig um 16% höher als im Vorjahr (im III. Quartal um durchschnittlich 21% und 17%), da auch im Oktober 1954 die erwartete Saisonbelebung ausgeblieben war. Wegen des schwächeren Geschäftsganges waren die Einkäufe und Bestellungen des Handels zurückhaltender als im Vorjahr. Zum Teil haben aber auch die Engpässe in der Möbelerzeugung eine Aus-

weitung der Lager verhindert. Die Umsätze von *Hausrat*, *Glas*, *Porzellan* nahmen nur um 2% zu, während saisongemäß eine Steigerung von etwa 12% zu erwarten war. Sie waren dadurch wertmäßig um 11%, mengenmäßig nur um 6% höher als im Vorjahr, gegen durchschnittlich 26% bzw. 21% im III. Quartal.

Im *Lebensmitteleinzelhandel*, der im Vormonat relativ gut abschnitt, nahmen die Umsätze nur um 3% zu, gegen etwa 8% saisonnormal. Das Umsatzvolumen des Vorjahres wurde nur noch um 2% übertroffen (im III. Quartal um 7%), doch ist diese Abschwächung hauptsächlich auf eine Saisonverschiebung zurückzuführen: im Durchschnitt der Monate September und Oktober waren die Mengenumsätze um 6% höher als im Vorjahr. Der Verkauf von *Tabakwaren* nahm um 1% ab, während er im Oktober 1952 und 1953 um durchschnittlich 3% stieg. Da aber die Umsätze auch im Oktober 1954 saisonwidrig abnahmen (-2%), wurde das Vorjahresergebnis wert- und mengenmäßig ebenso wie im Durchschnitt der Monate August und September um 12% übertroffen.

Der zögernde Beginn der Herbstsaison des Einzelhandels im September wirkte sich auch auf die *Umsatzsteuereingänge* im Oktober aus. Das Bruttoaufkommen an Umsatzsteuer (einschl. Rückvergütung) nahm im Oktober um 1% auf 597 Mill. S zu, während es in den beiden vorangegangenen Jahren um durchschnittlich 5% gestiegen war. Da die Rückvergütung für Ausfuhrlieferungen von 56 Mill. S auf 48 Mill. S gesunken ist (-14%), erhöhte sich der Nettoertrag um 3% gegen 7% im Durchschnitt der Jahre 1953 und 1954. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr war mit 16% (brutto) bzw. 20% (netto) ebenso wie in den Vormonaten höher als der der Einzelhandelsumsätze im September (+ 14%).

An *Verbrauchssteuern* gingen im Oktober 252 Mill. S ein, um 5% mehr als im Vormonat und um 18% mehr als im Vorjahr. (In den Vorjahren sind die Eingänge an Verbrauchssteuern von September auf Oktober nur um 1% [1953] bzw. 2% [1954] gestiegen.) Der übersaisonnmäßige Zuwachs gegenüber September ergab sich aber ausschließlich durch die Erträge der Mineralölsteuer (einschließlich Bundeszuschlag). Sie nahmen um 21% zu, gegen durchschnittlich 5% im Oktober der beiden vorangegangenen Jahre. Gegenüber dem Vorjahr brachte die Mineralölsteuer (einschließlich Bundeszuschlag) um 41%, die Tabaksteuer um 13%, die Biersteuer um 9% und die Weinsteuer (ohne Verbrauchsabgabe) um 7% mehr ein. Die Ausfälle der neun aufgehobenen Verbrauchssteuern wurden dadurch überkompensiert.

Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Der Arbeitsmarkt, der im September und Oktober durch Arbeitermangel und Entlassungen aus dem Dienst bei den Besatzungstruppen ungünstig beeinflusst worden war, entwickelte sich im November überaus gut. Die Beschäftigung, die Ende Oktober mit 2,150.500 den höchsten Stand des Jahres (und damit auch den höchsten der Nachkriegszeit) erreicht hatte, ging zwar im November wie alljährlich saisonbedingt zurück; der Rückgang war jedoch mit 8.400 um 6.800 Personen oder 45% kleiner als im November 1954 und weitaus am schwächsten seit 1948, als wegen der starken Überbeschäftigung die Saisonschwankungen sehr gering waren.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit verlief ähnlich: die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden stieg heuer schon im September relativ stark und nahm auch im Oktober mehr zu als im Vorjahr, im November aber mit 15.700 um nahezu ein Drittel weniger als im November 1954 und gleichfalls weit aus weniger als in allen Jahren seit 1948.

Der Arbeitsmarkt im Oktober und November

Jahr, Monat	Beschäftigte		Vorgemerkte Stellensuchende		Arbeitskräfteangebot	
	Veränderungen gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monatsende	Veränderungen gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monatsende	Veränderungen gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monatsende
			in 1.000			
1951 X.	+ 2'8	2.051'1	+ 3'9	72'1	+ 6'7	2.123'2
XI.	-19'4	2.031'7	+21'0	93'1	+ 0'6	2.124'8
1952 X.	- 6'2	1.978'6	+11'2	127'5	+ 5'0	2.106'1
XI.	-47'9	1.930'7	+48'7	176'2	+ 0'8	2.106'8
1953 X.	+ 2'8	1.992'5	+ 8'0	137'2	+10'8	2.129'8
XI.	-32'3	1.960'3	+33'4	170'6	+ 1'1	2.130'9
1954 X.	+10'6	2.076'0	+ 3'4	95'1	+13'9	2.171'1
XI.	-15'2	2.060'8	+21'9	117'1	+ 6'8	2.177'9
1955 X.	+ 2'4	2.150'5	+ 7'6	77'8	+ 9'9	2.228'3
XI. ¹⁾	- 8'4	2.142'2	+15'7	93'5	+ 7'3	2.235'7

Q: Bundesministerium für soziale Verwaltung. — ¹⁾ Vorläufige Zahlen.

Der gegenüber dem Vorjahr günstigere Verlauf ist im wesentlichen den geringeren Entlassungen in der Bauwirtschaft zu danken. Die Zahl der stellensuchenden Bauarbeiter stieg im November 1955 nur um 4.800 gegen 10.800 im November 1954, während sich die Zahl der übrigen Stellensuchenden fast ebenso stark erhöhte wie im Vorjahr, nämlich um 10.900 gegen 11.100.

Wegen ihrer hohen Auftragsbestände nützt die Bauwirtschaft immer stärker die Herbstmonate aus und wird dabei durch das in den letzten Jahren bis in den Dezember hinein anhaltende gute Bauwetter und durch die Schlechtwetterentschädigung unterstützt, die den Baufirmen einen beträchtlichen Teil des Witterungsrisikos im Winter abnimmt¹⁾. Das Bun-

desministerium für soziale Verwaltung berichtet, daß die Anmeldungen der Firmen, die von den Vorteilen der Schlechtwetterregelung Gebrauch machen wollen, in diesem Herbst besonders zahlreich waren, und schließt daraus, daß die Bautätigkeit ohne größere Einschränkungen bis Weihnachten weitergeführt werden wird. Zwar wurden viele Bauvorhaben schon beendet, doch konnten vollwertige Arbeitskräfte sofort bei anderen Vorhaben, die im Sommer zurückgestellt werden mußten, untergebracht werden. Außerdem dürfte der Arbeitskräftemangel, der heuer noch drückender war als im Vorjahr, viele Baufirmen veranlassen, saisonbedingte Entlassungen möglichst zu vermeiden, um bei guter Auftragslage im Frühjahr voll leistungsfähig zu sein.

Eine ähnliche Lage wie in der Bauwirtschaft, wenn auch weit schwächer ausgeprägt, besteht in einer ganzen Reihe von Branchen, vor allem in der Stein-, Metall-, Holz- und Bekleidungsindustrie. Auch hier sind die Auftragsbestände noch hoch, während andererseits der Mangel an Arbeitskräften im Vergleich zum Vorjahr drückender wurde. Ende Oktober gab es um 34%, 25% und 26% weniger stellensuchende Stein-, Metall- und Holzarbeiter als im Vorjahr und um 45% weniger stellensuchende Bekleidungsarbeiter. Auch die noch besonders gute Beschäftigung in der Bauwirtschaft muß die Zunahme der Arbeitslosigkeit in einer Reihe von anderen Berufsklassen verzögert haben.

Wenn trotzdem die Zunahme der Zahl der Stellensuchenden unter Ausschluß der Bauarbeiter annähernd ebenso groß war wie im November 1954 und nicht kleiner, so ist dies vermutlich ein Zeichen, daß auch auf dem Arbeitsmarkt der Konjunkturaufschwung aufgehört hat und die günstige Entwicklung im November nur noch der Abflachung der Saisonschwankung zu verdanken ist, die durch die hohe Beschäftigung in der Bauwirtschaft und den Arbeitskräftemangel in einigen anderen Branchen verursacht wird. Möglicherweise ist dies auch die Erklärung dafür, daß die schwächere Zunahme der Arbeitslosigkeit im November auf die männlichen Arbeitskräfte (an denen besonders starker Mangel besteht) beschränkt blieb, während die Zunahme der Zahl der stellensuchenden Frauen um 7.100 die bisher stärkste der Nachkriegszeit war. Von einem erhöhten Zustrom auf dem

Schlechtwetterentschädigung haben die Baufirmen ihren Arbeitern bei unzumutbarem Bauwetter unter bestimmten Voraussetzungen 60% des Lohnausfalles zu vergüten. Zur Deckung der dadurch entstehenden Kosten führen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Bauwirtschaft einen Zuschlag von je 0'5% zum Arbeitslosenversicherungsbeitrag ab. Der eventuelle Mehraufwand wird vom Staat getragen.

¹⁾ Dieses Risiko wird jedoch im wesentlichen von der Bauwirtschaft selbst getragen. Auf Grund des Gesetzes über die

Arbeitsmarkt kann das Ausbleiben einer im Vergleich zum Vorjahr wesentlich besseren Entwicklung der Arbeitslosigkeit (ohne Bauarbeiter) nicht herrühren, da das Arbeitskräfteangebot nur wenig stärker — um 7.300 gegen 6.800 — stieg als im November 1954.

Die kreditpolitischen Maßnahmen im November werden in den kommenden Monaten die Nachfrage nach Arbeitskräften voraussichtlich abschwächen. Ein ernster Rückschlag auf dem Arbeitsmarkt wird jedoch kaum eintreten, da eine ins Gewicht fallende Senkung der Ausgaben für den laufenden Verbrauch kaum zu befürchten ist und der Export nach wie vor floriert. Dadurch unterscheidet sich die gegenwärtige Lage grundlegend von der nach der Preisstabilisierung um die Jahreswende 1951/52. Die Investitionsgüterindustrien aber sind ebenso wie damals noch reichlich mit Aufträgen versorgt und arbeiten mit langen Lieferfristen, so daß auch hier eine stärkere Abnahme der Beschäftigung zunächst kaum eintreten wird.

Das *Stellenangebot* ging im Oktober und November saisonbedingt zurück. In beiden Monaten war die Abnahme für Männer und Frauen stärker als im Vorjahr. Zumindest zum Teil ist dies aber nur die Folge der heuer besonders hohen Bestände offener Stellen in den Sommermonaten. Sie fielen im Oktober um 1.800¹⁾, im November um 8.100, in beiden Monaten zusammen um 9.900 gegen 5.200 im Vorjahr, aber 13.000 im Jahre 1951. Trotzdem gab es Ende November mit 15.100 um 33·7% und mit 4.500 um 21·5% mehr offene Stellen für Männer und Frauen als Ende November 1954. Ende September waren es allerdings noch um fast die Hälfte mehr gewesen.

Die Zahl der *Beschäftigten* stieg im Oktober um 2.400 (0·1%) auf 2,150.500, den höchsten Stand des Jahres, und sank im November nur um 8.400 (0·4%) auf 2,142.200. Da der Rückgang im November besonders schwach war, erhöhte sich die Mehrbeschäftigung gegenüber dem Vorjahr von 74.600 im Oktober auf 81.300 im November.

Ende Oktober gab es 1,421.800 männliche und 728.700 weibliche Beschäftigte. Während die Zahl der Männer vom Beschäftigungshöchststand im Oktober 1953 bis zum Höchststand im Oktober 1954 um 55.300 (4·1%) gestiegen war, nahm sie im darauffolgenden Jahr nur noch um 32.900 (2·4%) zu. Hingegen erhöhte sich die Zahl der weiblichen Beschäftigten im zweiten Jahr um 41.700 (6·1%) gegen 28.200 (4·3%) im ersten, so daß die Gesamtzunahme auch im zweiten Jahr mit 74.600 (3·6%) die des ersten Jahres von

83.500 (4·2%) fast erreichte. Der Anteil der Frauen an der Gesamtbeschäftigung erhöhte sich von 33·1% im Oktober 1953 und 1954 auf 33·9% im Oktober 1955.

Die Beschäftigung nahm im letzten Jahr in fast allen Bundesländern ziemlich gleichmäßig zu; nur in Salzburg war die Zunahme beträchtlich schwächer als im österreichischen Gesamtdurchschnitt, in Vorarlberg hingegen weit stärker. Die Frauenbeschäftigung stieg außer in Salzburg auch in Kärnten und Oberösterreich ziemlich wenig, relativ stark jedoch im Burgenland.

Die Beschäftigung Ende Oktober 1955 nach Bundesländern

Bundesländer	Männer		Frauen		Zusammen	
	Stand Ende Okt. 1955	Zunahme seit Okt. 1954 absolut relativ in 1.000 %	Stand Ende Okt. 1955	Zunahme seit Okt. 1954 absolut relativ in 1.000 %	Stand Ende Okt. 1955	Zunahme seit Okt. 1954 absolut relativ in 1.000 %
Wien	647·9	+15·6 +2·5	390·7	+23·5 +6·4	1.038·6	+39·2 +3·9
Niederösterreich	227·4	+4·0 +1·8	93·3	+5·9 +6·7	320·7	+9·9 +3·2
Steiermark	96·2	+2·4 +2·6	34·1	+1·6 +4·9	130·3	+4·0 +3·2
Kärnten	223·1	+4·8 +2·2	103·1	+5·0 +5·1	326·2	+9·8 +3·1
Oberösterreich	73·0	+0·7 +1·0	34·4	+0·8 +2·4	107·4	+1·5 +1·5
Salzburg	84·3	+1·9 +2·4	38·3	+2·4 +6·8	122·6	+4·4 +3·7
Tirol	44·3	+2·7 +6·5	26·7	+1·8 +7·4	71·0	+4·6 +6·9
Vorarlberg	25·5	+0·5 +2·2	8·3	+0·6 +8·2	33·8	+1·2 +3·6
Burgenland	1.421·8	+32·9 +2·4	728·7	+41·7 +6·1	2.150·5	+74·6 +3·6
Österreich						

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger. — ¹⁾ Infolge der Gebietsabtretungen von Wien an Niederösterreich ist seit Beginn dieses Jahres die Beschäftigungszunahme in Wien und Niederösterreich mit der in den anderen Bundesländern nicht vergleichbar. Die Beschäftigtenstände und die Beschäftigungszunahmen in Wien und Niederösterreich wurden daher summiert.

Die Land- und Forstwirtschaft stellte im Oktober 1.900 Arbeitskräfte frei, wenige mehr als im Vorjahr. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung berichtet, daß nunmehr auch Gutshandwerker beginnen, die landwirtschaftlichen Betriebe zu verlassen. Ende Oktober waren 197.900 unselbständige Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft tätig, um 10.700 weniger als vor einem Jahr.

Auch der Höchststand der gewerblichen Beschäftigung wurde im Oktober erreicht. Er lag mit 1,679.900 um 79.200 oder 4·9% über dem des Vorjahres. Die Zunahme war jedoch im Oktober bereits sehr schwach. Sie betrug bei den Arbeitern nur noch 2.600 gegen 9.000 im Oktober 1954, bei den Angestellten 1.400 gegen 3.100. Sie war auch schwächer als im Oktober 1953. Der Anteil der Angestellten an der Beschäftigung in der gewerblichen Wirtschaft stieg von 24·5% im Oktober 1954 auf 24·8% im Oktober 1955.

Die Veränderungen in den übrigen Wirtschaftssektoren waren unbedeutend. Die Bundesbahnen erhöhten die Zahl ihrer pragmatisierten Bediensteten um 500. Auch die Zahl der Grenzgänger nahm dank der starken Nachfrage nach Arbeitskräften in der

¹⁾ Die Zahl der offenen Stellen sank im Oktober um 174 bei den Männern und 353 bei den Frauen, insgesamt um 527, stärker als aus den vorläufigen Ziffern, die im Oktoberheft der Monatsberichte besprochen wurden, ersichtlich war.

Schweiz um 200 auf 3.400 zu und war um 500 höher als im Oktober 1954.

Die Beschäftigung in 1.678 repräsentativen Groß- und Mittelbetrieben stieg von Anfang August bis Anfang September — im Gegensatz zur Entwicklung in den Vormonaten — ungefähr ebenso stark wie im Jahre 1954, von Anfang September bis Anfang Oktober aber wieder bedeutend geringer. Auch gegenüber der annähernd saisonnormalen Zunahme der Beschäftigung im Jahre 1953 ist eine deutliche Abschwächung wahrzunehmen. Der Zuwachs war heuer bis Anfang August mit 1'9 Punkten (März 1934=100) noch fast doppelt so stark als im August 1953, bis Anfang September mit 2'2 Punkten nur noch um ein Drittel größer, bis Anfang Oktober aber mit 1'2 Punkten um ein Viertel schwächer. Die Veränderungen im Oktober verliefen in 11 von 15 Branchen ungünstiger als im Vorjahr, darunter vor allem im Bergbau, in der Stein-, Eisen-, Holz- und Textilindustrie. Nur in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und im Handel war die Beschäftigungsentwicklung wesentlich besser als im Oktober 1954.

Die Zahl der vorgemerkten *Stellensuchenden* stieg im Oktober um 7.600 (10'8%) auf 77.800, im November um weitere 15.700 (20'2%) auf 93.500. Ende Oktober gab es um 17.300 Stellensuchende weniger als im Vorjahr, Ende November um 23.500. Die Rate der Arbeitslosigkeit stieg von 3'5% im Oktober auf 4'2% im November (im Vorjahr von 4'4% auf 5'4%). Die Gesamtzahl der Arbeitslosen ist nur um 400 höher als im November 1951, bei den Männern jedoch mit 36.600 um fast ein Viertel niedriger, bei den Frauen mit 56.900 um ein Viertel größer.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Oktober betrug mehr als das Doppelte der vorjährigen. Die ungünstigere Entwicklung war zur Hälfte dadurch verursacht, daß die Zahl der stellensuchenden Leder-, Textil- und Bekleidungsarbeiter weniger stark sank. Mehr als im Vorjahr hat die Zahl der Arbeitslosen bei den kaufmännischen und Büroangestellten, den Verkehrsarbeitern und Reinigungsarbeitern zugenommen, also in Arbeiterkategorien, die den Großteil der Dienstnehmer der Besatzungstruppen stellten. Saisonbedingt stärker war auch die Zunahme bei den Hotel- und Gaststättenarbeitern. Weniger stark als im Vorjahr nahm die Arbeitslosigkeit unter den Steinarbeitern, Bauarbeitern (allerdings nur bei Baufach-, nicht bei Bauhilfsarbeitern) sowie den Landarbeitern zu. Die Arbeitslosigkeit unter den Technikern und den Nahrungs- und Genußmittelarbeitern ging sogar — entgegen der sonst üblichen Saisonbewegung — im Oktober leicht zurück.

Teilergebnisse für November zeigen eine im Vergleich zu früheren Jahren sehr geringe Zunahme der stellensuchenden Baufach- und Bauhilfsarbeiter. Der Anteil der Bauarbeiter an der Gesamtzunahme der Arbeitslosigkeit im November, der im Jahre 1953 noch 60% und im Vorjahr 49% betrug, erreichte heuer nur 31%. Sehr stark stieg neuerlich, mit 2.234 (2.053 im Vorjahr) die Zahl der stellensuchenden gastgewerblichen Arbeiter, deren saisonbedingter Jahreshöchststand Ende November mit 11.043 nur wenig geringer war als im November 1954; er lag etwas höher als im November 1953 und beträchtlich höher als in früheren Jahren. Vor allem in Salzburg, aber auch in Niederösterreich und Kärnten gibt es mehr stellensuchende gastgewerbliche Arbeiter, in Wien hingegen mit 2.641 um 14% weniger. Auch unter den stellensuchenden Hilfsarbeitern wechselnder Art stieg die Arbeitslosigkeit beträchtlich stärker.

Auffallend ist die neuerlich sehr starke Zunahme der Frauenarbeitslosigkeit (um 7.100) auf 56.900. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzunahme betrug im Berichtsmonat 45%, gegen 27% im November 1954 und 17% im November 1953. Während die Männerarbeitslosigkeit seit Ende August mit 13.000 ungefähr ebenso stark zunahm wie im Vorjahr (+ 12.800) und bedeutend weniger als im Jahre 1953 (+ 31.300), stieg die der Frauen in den drei letzten Monaten mit 15.100 fast dreimal so stark wie im Jahre 1954 (+ 5.700) und um die Hälfte stärker als im gleichen Zeitraum des Jahres 1953 (+ 10.100).

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.12

Die Verkehrsleistungen im *Güterverkehr* der Bundesbahnen erreichten im Monat Oktober mit 705 Mill. netto-*t-km* und 194.039 gestellten Wagen einen neuen Nachkriegsrekord. Vor allem wurden mehr Zuckerrüben, Nahrungsmittel, Kohle und Koks befördert. Der Wagenbedarf für die meisten Industriegüter und Baustoffe nahm hingegen ab.

Im Vergleich zum Vorjahr lagen die Wagenstellungen um 2'7% und die Zahl der netto-*t-km* um 11'6% höher, obwohl der Militärverkehr in diesem Jahr praktisch bedeutungslos war. Abgesehen von Kohle, Koks und Holz war der Wagenbedarf für nahezu alle wichtigen Güterarten größer als 1954.

Obwohl der Wagenbedarf sehr hoch war und die Fremdwagen rascher zurückgestellt wurden, konnte die Nachfrage zu 94'6% gedeckt werden. Dies war nur durch verstärkte Wiederverwendung der verfügbaren Fremdwagen möglich (sie wurden zu 86% wiederbeladen, gegen durchschnittlich 60% in den vorangegangenen Monaten). Dennoch konnten die

Wagenstellungen nach Güterarten (Voll- und Schmalspur)

	Oktober 1955	Veränderung in % (+ bzw. — Monatsergebnis gegen Vorjahr Vormonat		Arbeitsstag gegen Vormonat
Insgesamt	194.039	+ 2'7	+ 7'7	+ 7'7
davon				
Kohle, Koks	24.338	— 3'0	+ 7'6	+ 7'6
Holz	17.388	— 5'9	— 3'6	— 3'6
Baustoffe	28.895	+ 6'7	— 2'9	— 2'9
Eisen	12.080	+11'9	+ 1'1	+ 1'1
Papier	6.046	+ 6'1	— 3'2	— 3'2
Erze	7.528	+ 2'3	+ 2'7	+ 2'7
Kunstdünger	2.596	—18'4	—26'5	—26'5
Nahrungsmittel	13.463	+ 6'7	+ 6'7	+ 6'7
Stückgut	29.618	+ 8'3	+ 4'0	+ 4'0
Sammelgut	5.582	+ 9'6	+ 5'2	+ 5'2
Zuckerrüben	16.926	+ 5'5		
Andere	29.579	— 1'8	—13'5	—13'5

ÖBB die EUROP-Wagen fristgerecht zurückstellen, während bisher der Herbstverkehr immer hohe Rückstände zur Folge hatte. Die Wagenmietschuld ist dadurch von 153.419 Goldfranken im Oktober 1954 auf 57.196 Goldfranken in diesem Jahr gesunken. Die Wagenlage wurde außerdem durch einen geringeren Schadwagenbestand (2.059 Wagen gegen 2.830 Wagen im Vorjahr) verbessert.

Im *Straßenverkehr* beförderten Bahn und Post im Oktober 7'94 Mill. Personen (Liniendienst), knapp 90% mehr als in den beiden vorangegangenen Jahren. Auch der private Linienverkehr war besser frequentiert als im Vorjahr.

Die Motorisierung nahm in den letzten Monaten weiter kräftig zu. Von Juli bis Oktober wurden 39.736 fabriksneue Lastkraft-, Personenwagen und Krafträder zugelassen, 33% mehr als im Vorjahr. Nach wie vor ist die Zuwachsrate bei Personenkraftwagen mit 106% gegenüber 1954 am höchsten, während sie bei Lastkraftwagen und Krafträdern nur 23% bzw. 7% betrug. Das Motorisierungstempo scheint sich jedoch etwas zu verlangsamen und zunächst auf dem durchschnittlichen Niveau des 1. Halbjahres 1955 zu stabilisieren. Die Zahl der durchschnittlichen monatlichen Neuzulassungen war von Juli bis Oktober mit 9.934 Einheiten für alle drei Kategorien etwas niedriger als im 1. Halbjahr (9.945), während sie im Vorjahr noch kräftig gestiegen war (21%). Vor allem für Krafträder (einschließlich Roller) dürfte vorläufig ein Höhepunkt erreicht sein, der allerdings auch durch den Produktionsengpaß bedingt ist. Die Neuzulassungen sanken von monatlich 5.574 im 1. Halbjahr auf 5.207 im 2. Halbjahr gegen plus 20% im Vorjahr. Bei Pkw und Lkw stiegen zwar noch die Zulassungen, eine Dämpfung ist jedoch auch hier schon — insbesondere bei Personenkraftwagen — erkennbar. Sie wird durch die verschärften Bedingungen für Fahrzeugkredite noch verstärkt werden.

Neuzulassungen fabriksneuer Kraftfahrzeuge von Jänner bis Oktober 1953/54/55

	1953	1954 Stück	1955	1954=100
Lastkraftwagen	3.469	6.508	8.052	123'7
Personenwagen	7.607	16.192	37.078	228'9
Krafträder ¹⁾	38.865	43.926	54.275	123'6
	49.941	66.626	99.405	149'1

¹⁾ Einschließlich Roller und Autoroller.

Der *Flugverkehr* beschränkte sich im Oktober vorwiegend auf Geschäftsreisende und war mit 11.194 Passagieren um 35% geringer als im September. Der Transitverkehr ging von 3.014 auf 2.076 beförderte Personen zurück. Die tote Saison im Fremdenverkehr senkte den Flugverkehr in den Landeshauptstädten beträchtlich; 95% aller Passagiere flogen in Wien-Schwechat ein- bzw. aus. Klagenfurt hatte überhaupt keinen Verkehr, Graz 5 Passagiere, Innsbruck 39, Salzburg 191 und Linz 297 (US-Personal).

Der Frachtverkehr nahm hingegen von 153.053 kg auf 185.491 kg zu, von denen 90% über Wien-Schwechat gingen. Im Transit- und Postverkehr waren die Veränderungen nur geringfügig.

Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.9

Die Ein- und Ausfuhr stieg im Oktober übersaisonnmäßig. Die *Einfuhr* erhöhte sich um 176 Mill. S (9%) auf 2.112 Mill. S und war damit um 5 Mill. S größer als die Rekordeinfuhr vom Dezember des Vorjahres; das Einfuhrvolumen erreichte 185% von 1937. Die *Ausfuhr* wuchs von ihrem Septemberhöchststand um 161 Mill. S (10%) auf 1.746 Mill. S, das Ausfuhrvolumen von 210 auf 236%. Der *Einfuhrüberschuß* stieg um 15 Mill. S auf 366 Mill. S und entsprach etwa dem Durchschnitt der ersten drei Quartale (376 Mill. S).

Auf der Einfuhrseite war der Vorsprung gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres im Oktober erstmals deutlich geringer als in den früheren Monaten des heurigen Jahres: Da sich die Liberalisierung erst ab Oktober 1954 stärker auswirkte, ist nun eine *Vergleichsgrundlage* für die „wirklichen“ *expansiven Tendenzen* der Einfuhr gegeben. Denn bei den bisherigen Vergleichen mit der Vorjahresperiode kamen vorwiegend die Wirkungen der Liberalisierung zum Ausdruck. Die Ausfuhr stieg im Oktober viel steiler an als in früheren Monaten; der weite Abstand zwischen der Zunahme von Einfuhr und Ausfuhr (immer gemessen am entsprechenden Vorjahresstand) hat sich daher sehr vermindert. Während seit Beginn dieses Jahres der Abstand gegenüber dem Vorjahr bei der Einfuhr meist über 40%, bei der Ausfuhr aber zwischen 10% und 20% lag, näher-

ten sich diese beiden Sätze im Oktober auf 30% (Einfuhr) und 25% (Ausfuhr).

Die Veränderung im Außenhandel gegenüber dem Vorjahr

Zeit	Einfuhr Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr in %	Ausfuhr
1955 1. Halbjahr	45	11
VII.	43	19
VIII.	35	9
IX.	40	16
X.	30	25

Die *Einfuhr* nahm im Oktober vor allem bei Brennstoffen, Halb- und Fertigwaren zu. Die Brennstoffeinfuhr stieg von 255 Mill. S im September (233 Mill. S im Durchschnitt der ersten neun Monate) auf 301 Mill. S. Die starke Zunahme der amerikanischen Kohlenlieferungen von 55 Mill. S im September auf 88 Mill. S ist besonders bemerkenswert. Aber auch die Ruhr lieferte wieder mehr Kohle. Die wachsenden Werte der Brennstoffeinfuhr haben verschiedene Ursachen. Dies sind der hohe Brennstoffbedarf einer auf hohen Touren laufenden Wirtschaft, Kampf um den österreichischen Benzinmarkt als Liberalisierungsfolge und steigende Preise der europäischen bzw. hohe Frachtraten der amerikanischen Kohle. Der Einfuhrwert für die Tonne Kohle ist seit Sommer dieses Jahres um 7% höher als im 1. Halbjahr 1955 und um 9% höher als im Vorjahresdurchschnitt.

Durchschnittswert der eingeführten Kohle

Zeit	S je Tonne
1954	474'11
1955 1. Halbjahr	483'65
VII.	516'73
VIII.	514'03
IX.	508'57
X.	528'43

Im Gegensatz zur Brennstoffeinfuhr veränderten sich die sonstigen Rohstoffimporte nur wenig. Die Rohstoffeinfuhr liegt nun zwar auf einem etwas höheren Niveau als im Vorjahr, zeigt aber eine merkliche Stabilität. Sie steht in gewissem Gegensatz zur auffallenden Dynamik des allgemeinen Wirtschaftsgeschehens und des übrigen Außenhandels.

Bei den Halb- und Fertigwarenimporten wuchs die Einfuhr von elektrotechnischen Maschinen, Apparaten und Geräten bedeutend (von 61 auf 76 Mill. S). Sie übertraf sogar den durch die Investitionsbegünstigung stark erhöhten Dezemberimport 1954. Die kräftige Investitionsnachfrage und die günstige Konjunkturlage für dauerhafte Konsumgüter fördern diese Importe. Die Einfuhr anderer Maschinen

blieb dagegen auch im Oktober um nahezu 80 Mill. S hinter dem Dezemberresultat zurück, obwohl sie um 23 Mill. S auf 224 Mill. S stieg.

Neben den elektrotechnischen Waren zeigten auch andere Produkte bemerkenswerte Steigerungen im Import gegenüber dem Vormonat, so z. B. Metalle und Metallwaren, Autos u. a. m. Auch der Textilsektor wird immer stärker von der Konjunktur erfaßt. Auf der Einfuhr- wie auf der Ausfuhrseite gab es im Oktober neue Höchstwerte. Trotzdem zählen Textilien im Außenhandel ebenso wie in der Binnenwirtschaft zu den von der Hochkonjunktur weniger begünstigten Wirtschaftszweigen. Trotz seiner starken Belebung in den letzten zwei Jahren konnte sich der Textilaußenhandel bis jetzt noch nicht jene *relative* Stellung im Außenhandelsumsatz zurückerobern, die er vor der Textilkrise des Jahres 1952 bereits erlangt hatte. Im Jahre 1950 stellten Textilien (Rohstoffe, Halb- und Fertigerzeugnisse, mit Bekleidung) wieder 16% des Außenhandelsumsatzes¹⁾ (gegenüber 11% im Jahre 1948 und 22% im Jahre 1937). Die Textilkrise drückte diesen Anteil auf 10%. Seither ist er auf 12 bis 13% gestiegen.

Der Anteil des Textilhandels¹⁾ am Gesamtaußenhandel²⁾

Jahr	Prozent
1937	22
1948	11
1949	13
1950	16
1951	14
1952	10
1953	12
1954	13
1955 ³⁾	12

¹⁾ Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren (mit Bekleidung). — ²⁾ Einfuhr und Ausfuhr. — ³⁾ Jänner bis Oktober.

Die verstärkte Einfuhr aus den Vereinigten Staaten, die schon im Vormonat auffiel, ist im Oktober erneut hervorgetreten. Die Importe stiegen um 64 Mill. S auf 219 Mill. S. Zum ersten Mal kamen im kommerziellen Handelsverkehr mehr als zehn Prozent der Importe aus den USA. Die größeren Kohlenlieferungen erklären nur einen Teil der Mehrimporte; ein wichtiger Grund ist die wachsende Umstellung auf den *direkten* Import aus Amerika. Daran erklärt sich auch der Rückgang der Einkäufe in Großbritannien von 244 Mill. S im Juli auf 152 Mill. S im Oktober. Großbritanniens Bedeutung als Vermittler im österreichischen Überseeimport geht zurück. Die indirekte Einfuhr über Großbritannien sank von Juli bis Oktober von 163 Mill. S auf 63 Mill. S. Die

¹⁾ Einfuhr und Ausfuhr.

Einfuhr britischer Erzeugnisse stieg hingegen in der gleichen Periode von 81 auf 89 Mill. S. Daß bei dieser Entwicklung die Dollarliberalisierung und die Umstellung auf direkte Amerikakäufe eine Rolle spielten, wird dadurch erhärtet, daß die Summe der indirekten Einkäufe in England und der Bezüge aus den Vereinigten Staaten relativ wenig schwankte: die einen gingen stark zurück, die anderen nahmen zu.

Die Verlagerung der Importe amerikanischer Waren von der indirekten zur direkten Einfuhr

Zeit	Einfuhr aus Großbritannien insgesamt	davon		Einfuhr aus den USA ²⁾	Summe der Spalten 3 u. 4
		direkte ¹⁾ Einfuhr	indirekte Einfuhr		
		Mill. S			
VII. ...	244'4	81'1	163'3	119'6	282'9
VIII. ...	200'3	81'9	118'4	102'6	221'0
IX. ...	183'1	87'3	95'8	154'6	250'4
X. ...	151'7	88'5	63'2	219'2	282'4

¹⁾ Es wurde angenommen, daß alle britischen Erzeugnisse *direkt* aus Großbritannien bezogen wurden. — ²⁾ Ohne ERP-Lieferungen.

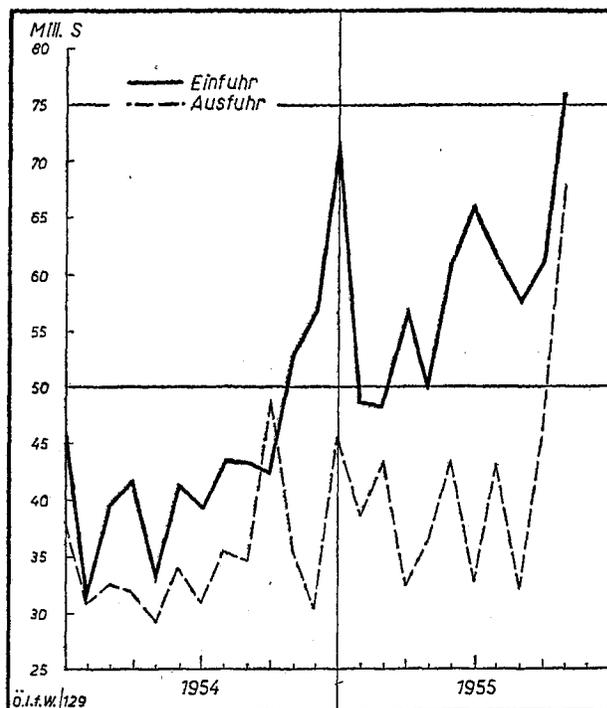
Die *Ausfuhr* stieg im Oktober in allen Warengruppen, überdurchschnittlich aber bei den Rohstoffen. Diese Gruppe überschritt die Halbmilliarden-grenze, die sie im Sommer nahezu erreicht hatte, um 28 Mill. S. Außergewöhnlich hohe Erz- und Schrottexporte — 23 Mill. S (davon 16 Mill. S nach Westdeutschland) gegenüber 5 Mill. S im Durchschnitt der ersten drei Quartale —, der Wiederanstieg des Holzexportes auf den diesjährigen Höchststand vom Juli und eine lebhaftere Exporttätigkeit bei Brennstoffen und Magnesit bewirkten die starke Zunahme der Rohstoffausfuhr. Im restlichen Warenbereich gab es neben der Steigerung der Textilienausfuhr bedeutende Mehrausfuhren von Metallen und Metallwaren sowie von elektrotechnischen Maschinen, Apparaten und Geräten. Ihr Export lag ebenso wie der Import weit über dem bisherigen Niveau. Ihr Ausfuhrwert betrug im Oktober 68 Mill. S gegenüber 46 Mill. S im Vormonat und 39 Mill. S im Durchschnitt der ersten drei Quartale.

Ein- und Ausfuhr elektrotechnischer Maschinen, Apparate und Geräte

Zeit	Einfuhr	Ausfuhr
1954 Ø	44'6	34'9
1955 I.	48'4	38'5
II.	48'0	43'4
III.	56'3	32'6
IV.	50'1	36'6
V.	60'8	43'6
VI.	66'0	32'9
VII.	61'6	43'2
VIII.	57'4	32'0
IX.	60'9	45'7
X.	75'6	68'0

Ein- und Ausfuhr elektrotechnischer Apparate und Geräte

(Normaler Maßstab; in Mill. S)



Die Investitionskonjunktur und die lebhaftige Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern haben zu einer starken Steigerung der Importe von Erzeugnissen der Elektroindustrie geführt. Aber auch der Export von Elektrowaren konnte gesteigert werden. Sowohl Import wie Export erreichten im Oktober beachtliche neue Höhepunkte.

Außenhandelsvolumen und Außenhandelspreise im III. Quartal 1955

Einfuhr und Ausfuhr erreichten im Zeitraum Juli–September ihr bisher höchstes Quartalsvolumen¹⁾. Das Einfuhrvolumen war (mit 167% von 1937) um 7% größer als im Vorquartal und um 2% über dem bisherigen Höchststand vom IV. Quartal 1954; das Ausfuhrvolumen stieg gleichzeitig um 6% und 4% auf 201% von 1937.

Ein- und Ausfuhr hielten zwar in allen wichtigen Handelsgruppen ein hohes Niveau, entscheidend für die weitere Ausdehnung des Außenhandels war aber der stärkere Handel mit halbfertigen Waren und Fertigwaren. Das Einfuhrvolumen erreichte neue Rekorde bei chemischen Erzeugnissen (308, 1937 = 100, gegenüber einem bisherigen Höchstwert von 297), Halb- und Fertigwaren (156 gegen 135) sowie Maschinen und Verkehrsmitteln (755 gegen bisher 749). Die Rohstoffeinfuhr dagegen erreichte (mit 119)

¹⁾ Das Außenhandelsvolumen ist der mit fixen Preisen (und zwar Preisen des Jahres 1937) gemessene Außenhandel.

nur gerade den Höchstwert vom I. Quartal dieses Jahres. Neue Ausfuhrrekorde erzielten nur Maschinen und Verkehrsmittel (mit 395 gegenüber einem bisherigen Höchststand von 326) sowie „Sonstige Fertigwaren“ (125 gegen bisher 111). Faßt man die Konsumfertigwaren in einer besonderen Gruppe zusammen, so war auch deren Ausfuhrvolumen höher als je zuvor; mit 194% von 1937 übertraf es selbst das letzte Quartal des Vorjahres um 1%.

Ausfuhrvolumen der Konsumfertigwaren

	1954 1937=100	1955
I. Quartal	156	164
II. „	174	159
III. „	174	194
IV. „	192	

Da die Weltkonjunktur unvermindert anhält und im IV. Quartal saisonbedingt stark steigende Außenhandelsumsätze zu erwarten sind, werden die Rekordvolumina des III. Quartals im IV. Quartal wahrscheinlich noch deutlich überboten werden. Das Ausfuhrvolumen, das im Jahre 1950 erst auf dem Niveau von 1937 hielt, wird im Jahre 1955 ungefähr das Doppelte des Vorkriegsstandes erreichen und das

Einfuhrvolumen, das noch im Vorjahr nur um ein Fünftel höher war als im Jahre 1937, wird heuer um etwa zwei Drittel größer sein.

Die *Außenhandelspreise* waren im III. Quartal ziemlich stabil. Im Gegensatz zur steigenden Tendenz im II. Quartal sind die Außenhandelspreisindizes des Institutes im Zeitraum Juli–September leicht gesunken, bei den Importen um 2% und bei den Exporten um 1%. Diese Stabilität der Außenhandelspreise ist nicht das Ergebnis kompensierender Preisbewegungen, sondern beruht auf einer allgemein ruhigen Preisentwicklung. Abgesehen von größeren Preisbewegungen bei den wenig ins Gewicht fallenden Düngemittelimporten und Nahrungsmittelexporten, änderten sich die Preise in keiner der Einfuhrhauptgruppen um mehr als 3% und bei den Exporten nur in einer Gruppe (halbfertige Waren) um 6%.

Das *Austauschverhältnis*¹⁾ hat sich, da die Einfuhrpreise etwas stärker sanken als die Ausfuhrpreise, um einen Punkt verbessert. Mit 110 (1950 = 100) war es um 10% besser als vor einem Jahr.

¹⁾ Ausfuhrpreisindex dividiert durch Einfuhrpreisindex.